

Geschäftsberichte der kantonalen Gerichte über das Jahr 2025

Berichte der kantonalen Gerichte vom Februar 2026

Inhaltsverzeichnis

A.	Konferenz der Gerichte	3
B.	Zivil- und Strafgerichtsbarkeit	5
1.	Kantonsgericht einschliesslich Handelsgericht und Anklagekammer	6
1.1	Personelles	6
1.2	Geschäftslast	7
1.2.1	Allgemeines	7
1.2.2	Pendenzenentwicklung	8
1.2.3	Weiterzugsstatistik	9
1.3	Gerichtsverwaltung	9
1.3.1	Allgemeines	9
1.3.2	Personelles	11
1.3.3	Finanzen	11
1.3.4	Infrastruktur	13
1.3.5	Weiterbildung	13
1.3.6	Nachwuchsförderung	14
2.	Kreisgerichte	15
2.1	Personelles	15
2.2	Geschäftslast	15
2.3	Gerichtsverwaltung	17
2.3.1	Kreisgerichtspräsidienkonferenz	17
2.3.2	Infrastruktur	17
3.	Schlichtungsstellen und Vermittlungsämter	17
3.1	Personelles	17
3.2	Geschäftslast	18
4.	Rechtsanwaltspatente / Rechtsagentenpatente	46
C.	Verwaltungsgerichtsbarkeit	47
1.	Verwaltungsgericht	48
1.1	Personelles	48
1.2	Geschäftslast	48
1.3	Gerichtsverwaltung	48

2.	Verwaltungsrekurskommission (VRK)	51
2.1	Personelles	51
2.2	Geschäftslast	51
2.3	Besondere Themen	51
D.	Sozialversicherungsgerichtsbarkeit	55
1.	Versicherungsgericht	56
1.1	Personelles	56
1.2	Geschäftslast	56
1.3	Gerichtsverwaltung	56
1.3.1	Allgemeines	56
1.3.2	Personelles	56
1.3.3	Finanzen	56

A. Konferenz der Gerichte

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit der Konferenz der Gerichte besteht ein Gremium, in welchem sich das Kantonsgericht, das Verwaltungsgericht und das Versicherungsgericht in gerichtsübergreifenden Belangen absprechen können. Die Konferenz der Gerichte steht zudem dem Kantonsrat und der Regierung bzw. der Staatsverwaltung als Ansprechpartnerin zur Verfügung. Unterstützt wird die Konferenz der Gerichte durch das Generalsekretariat des Kantonsgerichtes, welches in gerichtsübergreifenden Belangen als Generalsekretariat der Gerichte auftritt.

Bereits in den letzten Geschäftsberichten informierte die Konferenz der Gerichte über die Aktivitäten und Projekte zur Digitalisierung der Justiz. Aufgrund der Bedeutung dieser Thematik wird kontinuierlich über den Stand der Entwicklungen berichtet. Im Vorjahr wurde das Bundesgesetz über die Plattformen für die elektronische Kommunikation in der Justiz (BEKJ) verabschiedet. Die Inkraftsetzung dieses Bundeserlasses erfolgt gestaffelt. Für den Aufbau und Betrieb der Plattform «Justitia.Swiss», über die künftig der elektronische Rechtsverkehr abgewickelt wird, ist die Gründung einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft mit Beteiligung des Bundes und der Kantone vorgesehen. Damit die Körperschaft gegründet werden kann, wurden einzelne Bestimmungen des BEKJ auf den 1. Oktober 2025 in Kraft gesetzt. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens der übrigen Bestimmungen sowie die damit verbundenen konkreten zeitlichen Rahmenbedingungen für die Umsetzung der Digitalisierung in der Justiz sind jedoch noch offen.

Mit Blick auf die Umsetzung der Digitalisierung in der Justiz werden verschiedene Projekte vorangetrieben. Auf Bundesebene kann erneut auf das Informatikprojekt «Justitia 4.0» verwiesen werden. Auf kantonaler Ebene bestehen zahlreiche Projekte, die für die Gerichte und für die Digitalisierung der Justiz von wesentlicher Bedeutung sind. Bereits in den Vorjahresberichten wurde auf die Notwendigkeit einer Nachfolgelösung für die Fachapplikation «JURIS» hingewiesen. Die entsprechenden Arbeiten im Projekt «Ablösung JURIS-4», das aus drei Teilprojekten besteht (neue Geschäftsverwaltungssoftware, neue Lösung für das Rechnungswesen und für die Datenhaltung und -verwaltung), wurden im Berichtsjahr weitergeführt. Im Besonderen wurde der Prozess zur Beschaffung einer Nachfolgelösung auf dem Weg der Ausschreibung im selektiven Verfahren mit Dialog fortgesetzt. Beim Projekt «Ablösung JURIS-4» besteht eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Sicherheits- und Justizdepartement und den Gerichten, sodass gemeinsam Lösungen gefunden und Synergiemöglichkeiten genutzt werden können. Der Antrag für einen Sonderkredit für das Programm «Ablösung von JURIS-4» wird im nächsten Berichtsjahr dem Kantonsrat zur Entscheidung unterbreitet.

Ergänzend zu den genannten Projekten startete das gerichtsinterne Projekt «Justitia 4.0 – Eigenleistungen Gerichte». Dieses dient der Klärung und Vorbereitung der erforderlichen Eigenleistungen der Gerichte im Hinblick auf die Digitalisierung der Justiz. Dazu gehören namentlich Themen wie das Scanning von Gerichtsakten für die digitale Aktenführung, die erforderlichen Umsetzungsschritte für die Kommunikation über die neue Plattform «Justitia.Swiss» sowie die notwendigen technischen Ausstattungen bzw. Anpassungen in den Gerichtssälen und an den Arbeitsplätzen.

Im Bereich Informatik initiierte die Konferenz der Gerichte im Berichtsjahr zudem ein Projekt zur Abklärung der Einsatzmöglichkeiten von Künstlicher Intelligenz (KI) bei den Gerichten. In diesem Projekt soll zunächst eine Auslegeordnung erstellt werden, die als Grundlage für die Entscheidung über das weitere Vorgehen im Bereich «KI bei den Gerichten» dient. Im Berichtsjahr erfolg-

ten bereits erste Schritte zur Pilotierung konkreter KI-Tools. Synergie- und Kooperationsmöglichkeiten mit KI-Projekten der Staatsverwaltung sollen im weiteren Vorgehen genutzt werden. Die Gerichte stehen diesbezüglich im Austausch mit der Staatsverwaltung. Bereits im Vorjahr wurde auf das Projekt «Rechtsgrundlagen für die Digitalisierung des Verwaltungsverfahrens» hingewiesen. Auch in diesem Projekt wirken die Gerichte aktiv mit. Angesichts der Vielzahl der Projekte und deren gegenseitigen Abhängigkeiten ist eine Gesamtkoordination zwischen den betroffenen Stellen von grosser Bedeutung.

Neben den bereits genannten Projekten im Informatikbereich bestehen weitere Projekte, welche die Gerichte betreffen. Hervorzuheben sind an dieser Stelle insbesondere folgende Vorhaben: Das laufende Gesetzgebungsprojekt zur «Totalrevision des Gesetzes über die Verwaltungspflege» ist auch für die Gerichte von wesentlicher Bedeutung. Von Seiten der Gerichte wirkt der Präsident des Verwaltungsgerichtes aktiv im Projekt mit. Das Departement des Innern erteilte im Berichtsjahr zudem den Auftrag für einen Wirkungsbericht im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzes (KES). Der Bericht soll sich unter anderem auch mit dem Instanzenzug in diesem Rechtsbereich befassen. Die Vorbereitungsarbeiten für diesen Prüfungsgegenstand erfolgten in enger Abstimmung und Zusammenarbeit mit den Gerichten. Abschliessend ist auf das kantonale Programm «Weiterentwicklung Rechnungswesen und Finanzmanagement» hinzuweisen, welches aus fünf Projekten besteht und die Gerichte im Bereich ihrer Justizverwaltung betreffen wird.

Als weitere gerichtsübergreifende Themen, welche die Konferenz im Berichtsjahr beschäftigten, können beispielhaft genannt werden: Finanzen (Rechnung, Budget, Aufgaben- und Finanzplan), Personelles, Geschäftslast und diverse Vernehmlassungen.

Im Namen der Konferenz der Gerichte

St.Gallen, im Februar 2026

Die Präsidentin des Kantonsgerichtes:
M.A. HSG in Law Claudia Wetter

Der Präsident des Verwaltungsgerichtes:
Dr. Arthur Brunner

Die Präsidentin des Versicherungsgerichtes:
lic.iur. Christiane Gallati Schneider

Der Generalsekretär der Gerichte:
lic.iur. Martin Bauer

B. Zivil- und Strafgerichtsbarkeit

Kantonsgericht, Handelsgericht und Anklagekammer an den Kantonsrat des Kantons St.Gallen

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir erstatten Ihnen nach Art. 45 Abs. 2 des Gerichtsgesetzes (sGS 941.1)
Bericht über die Amtsführung im Jahr 2025.

St.Gallen, im Februar 2026

Im Namen des Kantonsgerichtes
Die Präsidentin:
M.A. HSG in Law Claudia Wetter

Der Generalsekretär:
lic.iur. Martin Bauer

Im Namen des Handelsgerichtes
Die Präsidentin:
lic.iur. Tabea Mazenauer

Im Namen der Anklagekammer
Der Präsident:
lic.iur. Urs Gmünder

1. Kantonsgericht einschliesslich Handelsgericht und Anklagekammer

1.1 Personelles

Kantonsrichter Jürg Diggelmann erklärte mit Schreiben vom 19. Februar 2024 seinen Rücktritt per 28. Februar 2025. Im September 2012 wählte der Kantonsrat Jürg Diggelmann zum hauptamtlichen Kantonsrichter. Jürg Diggelmann war Mitglied der Strafkammer und Präsident der Anwaltskammer. Das Kantonsgericht präsidierte er in den Jahren 2019 bis 2021.

Jürg Diggelmann setzte sich mehr als 40 Jahre mit Leidenschaft und grossem Engagement für die st.gallische Justiz ein. Aussergewöhnlich und besonders eindrücklich war seine Fähigkeit, auf der Grundlage seiner profunden Kenntnisse im Straf-, Zivil- und Verwaltungsrecht komplexe juristische Fragestellungen rechtsgebietsübergreifend einzuordnen und überzeugend zu beantworten. Bei der Beratung von Fällen und im persönlichen Diskurs zeichnete sich Jürg Diggelmann durch seine grosse Unabhängigkeit aus, wobei er sich stets offen für die Argumente der weiteren Gerichtsmitglieder zeigte. In persönlicher Hinsicht schliesslich sind das sympathische und bescheidene Wesen sowie der ausgeprägte Schalk von Jürg Diggelmann hervorzuheben, die entscheidend zur ausgezeichneten Stimmung innerhalb der Strafkammer sowie des Kantonsgerichtes beigetragen haben.

Aufgrund seiner überaus korrekten und sehr angenehmen Art war Jürg Diggelmann bei den Verfahrensparteien wie bei den Kolleginnen und Kollegen sowie den Mitarbeitenden gleichermaßen anerkannt. Jürg Diggelmann gebührt für seinen wertvollen und langjährigen Einsatz im Dienst der St.Galler Justiz der Dank und die Anerkennung der Öffentlichkeit.

Als Nachfolger von Jürg Diggelmann wurde Dr. Tom Frischknecht, bis dahin hauptamtlicher Kreisrichter am Kreisgericht St.Gallen, gewählt. Sein Amtsantritt erfolgte per 1. Januar 2025.

Kantonsrichter Rolf Brunner erklärte mit Schreiben vom 12. Dezember 2024 seinen Rücktritt per 30. September 2025, nachdem er fast 30 Jahre in verschiedenen Funktionen am Kantonsgericht tätig war. Nach dem Studium in Bern kam er im Jahre 1996 als Auditor an das Kantonsgericht. Nach einem weiteren Auditoriat am Untersuchungsamt erwarb er 1998 das St. Galler Anwaltspatent während seiner Zeit als Gerichtsschreiber an der Verwaltungsrekurskommission. 1999 kehrte er als Gerichtsschreiber der II. Zivilkammer ans Kantonsgericht zurück und war Sekretär der Anwaltskammer. 2004 wählte der Kantonsrat Rolf Brunner zum nebenamtlichen und 2007 zum hauptamtlichen Kantonsrichter. Zuerst war er Mitglied der III. Zivilkammer und ab 2011 Präsident des Handelsgerichts. Im Nebenamt präsidierte er von 2012 bis 2016 die Rekurskommission der Interstaatliche Hochschule für Technik Buchs (NTB). Seit 2024 ist er Präsident der Prüfungskommissionen für Rechtsanwälte und Rechtsagenten.

Während Rolf Brunner als Gerichtsschreiber und später als Mitglied der III. Zivilkammer vor allem Wert auf den Erwerb und die Anwendung seines juristischen Fachwissens legte, setzte er sich als Präsident des Handelsgerichtes für faire Einigungen ein, um den Rechtsfrieden zwischen den Parteien wieder herzustellen.

In persönlicher Hinsicht sind sein sympathisches, bescheidenes Wesen und seine Kollegialität hervorzuheben, welche entscheidend zur ausgezeichneten Stimmung innerhalb des Handelsgerichtes sowie des Kantonsgerichtes beigetragen haben. Rolf Brunner gebührt für seinen engagierten und langjährigen Einsatz im Dienst der St.Galler Justiz der Dank und die Anerkennung der Öffentlichkeit.

Als Nachfolgerin von Rolf Brunner wurde Tabea Mazenauer, bisher hauptamtliche Kreisrichterin am Kreisgericht St.Gallen, gewählt. Das Kantonsgericht wählte sie zur Präsidentin des Handelsgerichtes. Ihr Amtsantritt erfolgte per 1. Januar 2026. Zur Vermeidung einer Vakanz beim Handelsgericht bis zu diesem Zeitpunkt erklärte sich Rolf Brunner bereit, seine Tätigkeit über den Rücktritt per Ende September hinaus bis Ende 2025 weiterzuführen. Auf Antrag des Kantonsgerichtes ernannte die Regierung Rolf Brunner für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 2025 zum ausserordentlichen Ersatzrichter.

Der Kantonsrat hiess in der Wintersession 2024 den Antrag auf zusätzliche Personalressourcen beim Kantonsgericht gut und passte entsprechend den Kantonsratsbeschluss über die Zahl der Richterinnen und Richter an. Im Berichtsjahr bereitete die Rechtspflegekommission die entsprechenden Ergänzungswahlen vor. Der Wahltermin wurde auf die Herbstsession 2025 festgelegt. Der Kantonsrat wählte Roland Eugster, bisher Präsident des Kreisgerichts Rheintal, und Peter Straub, bisher Leitender Staatsanwalt des Untersuchungsamtes Gossau, als neue hauptamtliche Mitglieder des Kantonsgerichtes. Beide traten ihr Amt per 1. Januar 2026 an.

Zufolge seiner Wahl als hauptamtlicher Richter am Kreisgericht Rheintal trat Christoph Hanselmann per Ende September 2025 als nebenamtlicher Richter des Kantonsgerichtes zurück. Die Ersatzwahl steht noch aus.

Beim Handelsgericht erklärten Claudia Spadacini und Martin Kaiser per 30. Juni 2025 ihren Rücktritt. Als Nachfolger wurden Jasmin Schams und Ralph Sutter gewählt. Weiter erklärte Handelsrichter Sandro D'Antuono seinen Rücktritt per 31. Dezember 2025. Die Ersatzwahl steht noch aus.

Bei den Mitgliedern der Anklagekammer gab es im Berichtsjahr keine personellen Veränderungen.

1.2 Geschäftslast

1.2.1 Allgemeines

Wie bereits in den Vorjahren dargelegt, hat die Geschäftslast beim Kantonsgericht sowie bei den Kreisgerichten in den letzten Jahren stetig zugenommen und mittlerweile ein besorgniserregendes Ausmass erreicht. Diese Entwicklung wurde im Zusammenhang mit den für das Kantonsgericht und die Kreisgerichte beantragten zusätzlichen Personalressourcen ausführlich aufgezeigt. Gestützt darauf bewilligte der Kantonsrat in der Wintersession 2024 sowohl für das Kantonsgericht als auch für die Kreisgerichte zusätzliche Personalressourcen. Für das Kantonsgericht wird die personelle Verstärkung erst ab Anfang 2026 zur Verfügung stehen.

Die derzeit bestehende Pendenzenlast ist über mehrere Jahre hinweg angewachsen. Mit den zusätzlich bewilligten Stellen wird es hoffentlich möglich sein, die Pendenzenlast und damit auch die Verfahrensdauer in den kommenden Jahren schrittweise wieder auf ein vertretbares Mass zu reduzieren. Für die Entwicklung der Geschäftslast sowie für die Erwartungen und Möglichkeiten einer nachhaltigen Reduktion der Pendenzen ist jedoch auch von wesentlicher Bedeutung, wie sich die Falleingangszahlen entwickeln und ob beziehungsweise in welchem Umfang die Geschäftslast in den kommenden Jahren weiter zunimmt. Das Kantonsgericht wird die Entwicklung der Geschäftslast und des Pendenzenstandes im Rahmen der jährlichen Geschäftsberichte fortlaufend und nachvollziehbar aufzeigen.

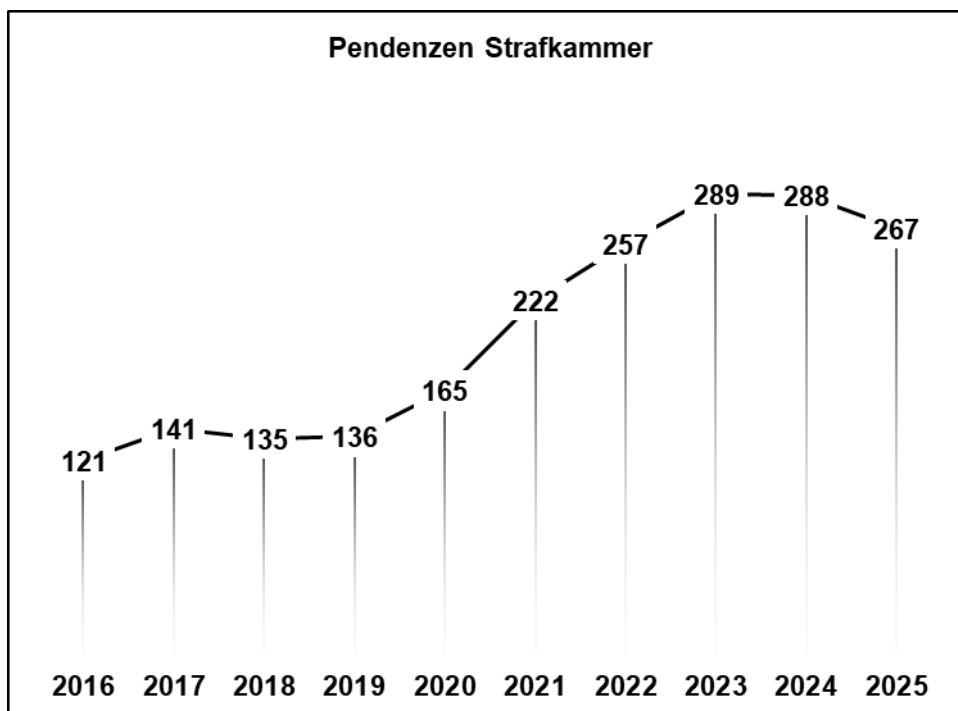
Für das Berichtsjahr ist mit Blick auf die Geschäftslast einleitend darauf hinzuweisen, dass gesamthaft 2'362 neue Verfahren beim Kantonsgericht, beim Handelsgericht und bei der Anklagekammer eingeleitet wurden. Dies ist die mit Abstand höchste Zahl von Falleingängen der letzten

zehn Jahre. Der deutliche Anstieg der Anzahl neuer Verfahren verschärft die bereits hohe Geschäftslast weiter und unterstreicht die Notwendigkeit der vom Kantonsrat bewilligten zusätzlichen Personalressourcen.

1.2.2 Pendenzenentwicklung

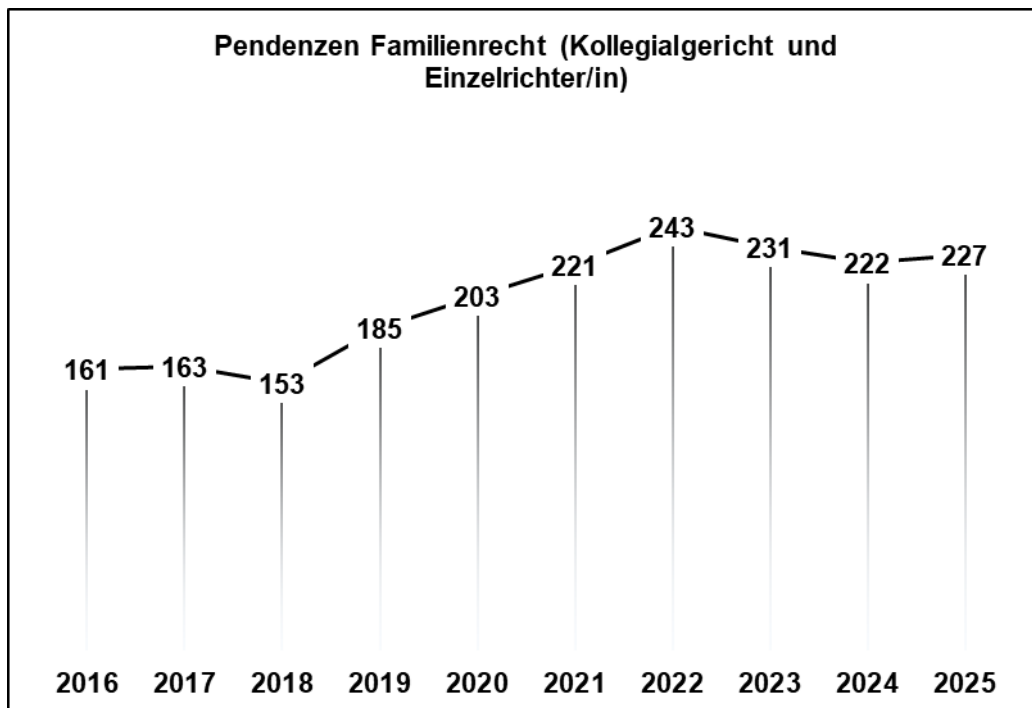
Wie im Vorjahr wird in den folgenden Erwägungen die Entwicklung der Pendenzen anhand der Strafkammer und der Familienrechtskammer des Kantonsgerichtes aufgezeigt.

Der Stand der Pendenzen in der *Strafkammer* präsentiert sich folgendermassen:



Die Anzahl der Pendenzen hat sich in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt. Am Ende des Berichtsjahres waren 267 Strafverfahren pendent. Der im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr verzeichnete Rückgang der Pendenzen ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass im Berichtsjahr weniger neue Strafverfahren eingegangen sind als in den Vorjahren. Im Berichtsjahr gingen beim Kantonsgericht 205 neue Strafverfahren ein, während der Durchschnitt der Neueingänge in den letzten fünf Jahren bei 237 Strafverfahren lag (vgl. Statistik der Strafkammer auf Seite 23). Die Entwicklung der Falleingangszahlen wird – wie bereits erwähnt – einen wesentlichen Einfluss auf die Möglichkeiten des weiteren Pendenzenabbaus haben.

Familienrechtliche Verfahren können beim Kantonsgericht in die Zuständigkeit der Familienrechtskammer (Kollegialgericht) oder in die Zuständigkeit der Einzelrichterin bzw. des Einzelrichters im Familienrecht fallen. Bei einer Betrachtung beider Zuständigkeitsbereiche ergibt sich folgendes Bild der Pendenzenentwicklung:



Im Bereich des Familienrechts waren die Falleingänge im Berichtsjahr sehr hoch. Mit der damit einhergehenden Geschäftslast konnte nicht ganz Schritt gehalten werden bzw. der Pendenzenstand ist wieder angestiegen. Der Stand der Pendenzen ist weiterhin deutlich höher als vor 10 Jahren und insgesamt auf einem zu hohen Niveau.

1.2.3 Weiterzugsstatistik

Von den 2'281 vom Kantonsgericht (einschliesslich Handelsgericht und Anklagekammer) im Berichtsjahr erledigten Verfahren wurden rund 92.7 Prozent akzeptiert bzw. nicht angefochten. Lediglich rund 7.3 Prozent der Verfahren wurden weitergezogen. Von den vom Bundesgericht im Berichtsjahr beurteilten 150 Weiterzügen erfolgte bei 144 Verfahren ein Rückzug, ein Nichteintretensentscheid oder eine vollumfängliche Bestätigung des Entscheides des Kantonsgerichtes. Dies entspricht einer «Bestätigungsquote» von rund 96 Prozent. Lediglich bei 6 Verfahren bzw. 4 Prozent der weitergezogenen Verfahren wurde der Entscheid des Kantonsgerichtes nicht oder nur teilweise bestätigt (zum Vergleich: Im Jahr 2024 wurden vom Bundesgericht schweizweit insgesamt 12.53 Prozent der dortigen Beschwerden ganz oder teilweise gutgeheissen).

Weiterführende Angaben können den beigegeführten Statistikblättern entnommen werden (vgl. Seiten 19 - 33).

1.3 Gerichtsverwaltung

1.3.1 Allgemeines

Im Berichtsjahr beschäftigten verschiedene Themen im Bereich der Gerichtsverwaltung sowohl das Kantonsgericht als auch die Kreisgerichte. Auf folgende Hauptthemen kann besonders hingewiesen werden:

a) Über die Projekte im Bereich der Informatik wurde im Wesentlichen bereits im Textteil der Konferenz der Gerichte berichtet. Für den Bereich der Zivil- und Strafjustiz ist ergänzend auf folgende Projekte hinzuweisen:

Die revidierte Schweizerische Zivilprozessordnung eröffnet den Gerichten die Möglichkeit, in Zivilverfahren unter bestimmten Voraussetzungen mündliche Prozesshandlungen mittels Video- bzw. Telefonkonferenzen durchzuführen. Im Berichtsjahr wurde im Kantonsgericht für die Umsetzung dieses Digitalisierungsschrittes ein Gerichtssaal mit den erforderlichen technischen Einrichtungen ausgestattet. Für Verfahren des Kantonsgerichtes und der Kreisgerichte kann diese Ausstattung genutzt werden. Gestützt auf die Erfahrungen und Bedürfnisse der Praxis wird sodann entschieden werden, ob weitere Gerichtssäle mit dieser Infrastruktur auszustatten sind.

Im Bereich des Strafrechts müssen die Video-Konferenzsysteme für Verhandlungen des Haftgerichtes abgelöst werden. Unter der Federführung des Sicherheits- und Justizdepartementes (SJD) erfolgten im Berichtsjahr unter Mitwirkung der Gerichte Projektarbeiten für eine Ersatzlösung, welche im kommenden Jahr umgesetzt werden soll.

b) Im letzten Geschäftsbericht wurde über die Teilrevision der Schweizerischen Zivilprozessordnung sowie über die bundesrechtliche Neuregelung der Prozesskosten, deren Liquidation und die möglichen finanziellen Auswirkungen berichtet. Wie bereits dort ausgeführt, hat der Gesetzgeber das Inkassorisiko für Gerichtsgebühren neu dem Staat auferlegt. Im Berichtsjahr bestätigte sich, dass diese gesetzliche Neuregelung zu einem deutlichen Mehraufwand im Rechnungswesen der Gerichte führt. Im Unterschied zu früher sind Kostenvorschüsse zurückzuerstatten und ausstehende Gerichtsgebühren bei der unterliegenden Partei einzufordern. Trotz einer systematischen Bewirtschaftung dieser Gebührenforderungen (einschliesslich entsprechender Inkassobemühungen) ist davon auszugehen, dass sich das vom Gesetzgeber dem Staat auferlegte Inkassorisiko in einem Teil der Fälle zulasten der Staatskasse realisieren wird. Der Umfang allfälliger Abschreibungen infolge Uneinbringlichkeit wird sich erst in den kommenden Jahren verlässlich beurteilen lassen.

c) Das Kantonsgericht ist zuständig für den Erlass des Prüfungs- und Bewilligungsreglements für Rechtsanwälte und Rechtsagenten (PBR). Im letzten Geschäftsbericht wurde über die Vorabklärungen sowie das Vernehmlassungsverfahren im Hinblick auf eine Teilrevision dieses Reglements berichtet. Im Berichtsjahr verabschiedete das Kantonsgericht die entsprechenden Anpassungen. Diese betreffen insbesondere die Zulassungsvoraussetzungen und den Prüfungsablauf. Das revidierte Reglement tritt am 1. Juli 2026 in Kraft. Die Anpassungen wurden bereits publiziert.

d) Nach der bisherigen Regelung des Gerichtsgesetzes müssen Richterinnen und Richter sowie Ersatzrichterinnen und Ersatzrichter im örtlichen Zuständigkeitsbereich des jeweiligen Gerichts Wohnsitz haben, um ihr Amt ausüben zu können. Für die Richterinnen und Richter der Kreisgerichte bedeutet dies, dass sie ihren Wohnsitz im jeweiligen Gerichtskreis haben müssen. Die Rechtspflegekommission hielt in ihrer Berichterstattung 2024 fest, dass sie diese Wohnsitzregelung für die Mitglieder der Kreisgerichte als nicht mehr zeitgemäss erachtet und eine Ausdehnung der Wohnsitzpflicht auf das gesamte Kantonsgebiet befürwortet. Gestützt auf einen entsprechenden Auftrag des Kantonsrates erarbeitete die Regierung im Berichtsjahr eine Botschaft mit Entwurf für eine entsprechende Anpassung des Gerichtsgesetzes. Das Kantonsgericht unterstützt dieses Anliegen und wirkte an den Vorbereitungsarbeiten mit. Die vorberatende Kommission sprach sich ebenfalls für die erwähnte Änderung aus. In der Wintersession stimmte der Kantonsrat in erster Lesung der Vorlage und der Anpassung zu, wonach die Wohnsitzpflicht für hauptamtliche und teilamtliche Richterinnen und Richter der Kreisgerichte auf das Kantonsgebiet ausgeweitet werden soll. Für *nebenamtliche* Kreisrichterinnen und Kreisrichter soll die Wohnsitzpflicht hingegen im jeweiligen Gerichtskreis bestehen bleiben.

e) Über diese Themen hinaus war das Kantonsgericht neben der eigenen Justizverwaltung namentlich auch mit vielfältigen Aufgaben betreffend die Kreisgerichte, die Schlichtungsstellen und

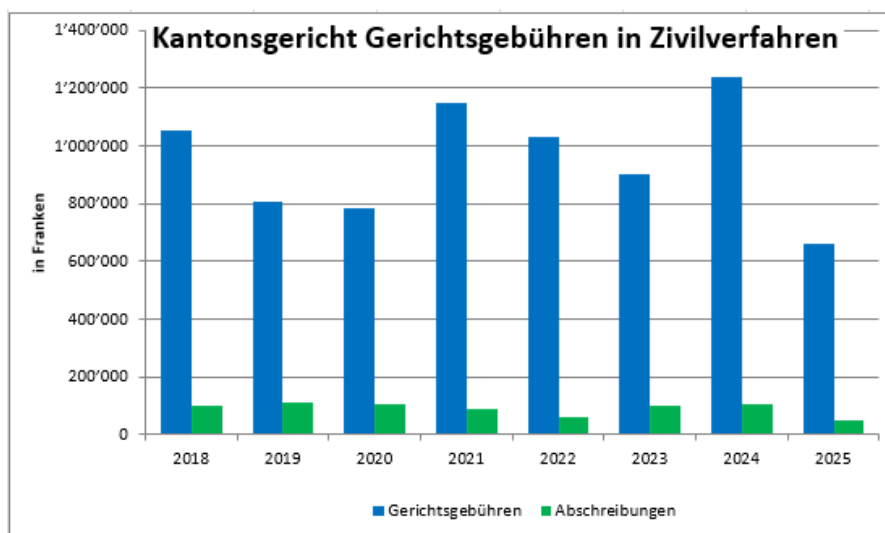
die Vermittlungsämter befasst. Betroffen waren dabei namentlich die Bereiche Finanzen, Personelles, Weiterbildung, Bau-, Raum- und Mobiliarwesen, Informatik, Sicherheit und Kommunikation. Dazu kam der Geschäftsverkehr mit verschiedenen Kommissionen des Kantonsrates, mit der Staatskanzlei und den Departementen, mit kantonalen oder ausserkantonalen Gerichten und Amtsstellen sowie mit solchen des Bundes.

1.3.2 Personelles

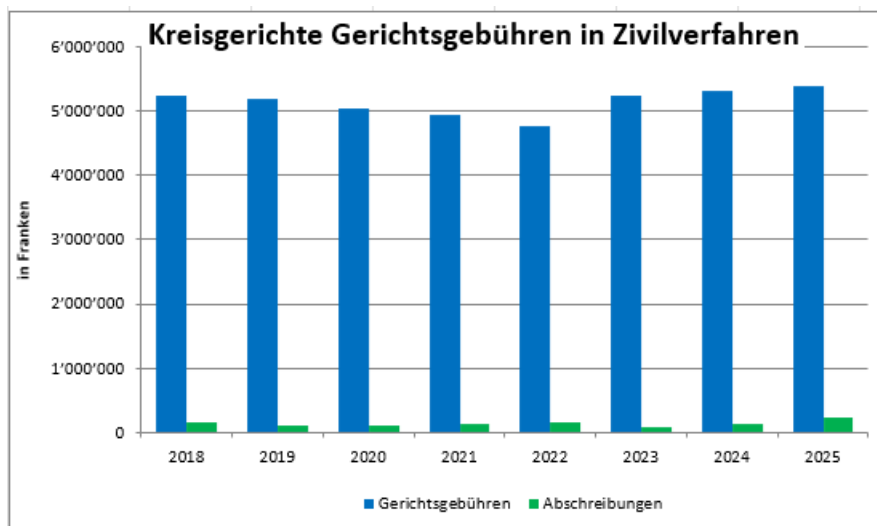
Gesamterneuerungswahlen: Die laufende Amtsperiode der Kreisgerichte 2021-2027 endet am 31. Mai 2027. Für die neue Amtsperiode 2027-2033, welche am 1. Juni 2027 beginnt, sind Erneuerungswahlen durchzuführen. Das Kantonsgericht begann in Absprache und Abstimmung mit der Staatskanzlei sowie unter Einbezug der Kreisgerichte im Berichtsjahr mit den Vorbereitungsarbeiten für die Gesamterneuerungswahlen. Zu den ersten Planungsschritten gehörte namentlich die Festsetzung und Publikation der Wahltag (29. November 2026 und 28. Februar 2027). Die Bekanntmachung der Details für die Wahlverfahren ist für Mai 2026 vorgesehen.

1.3.3 Finanzen

Gerichtsgebühren in Zivilverfahren: Im Berichtsjahr wurden für Zivilverfahren vom Kantonsgericht (einschliesslich Handelsgericht) Fr. 661'333.– für Gerichtsgebühren in Rechnung gestellt. Die Abschreibungen beliefen sich im Berichtsjahr auf Fr. 49'565.–.

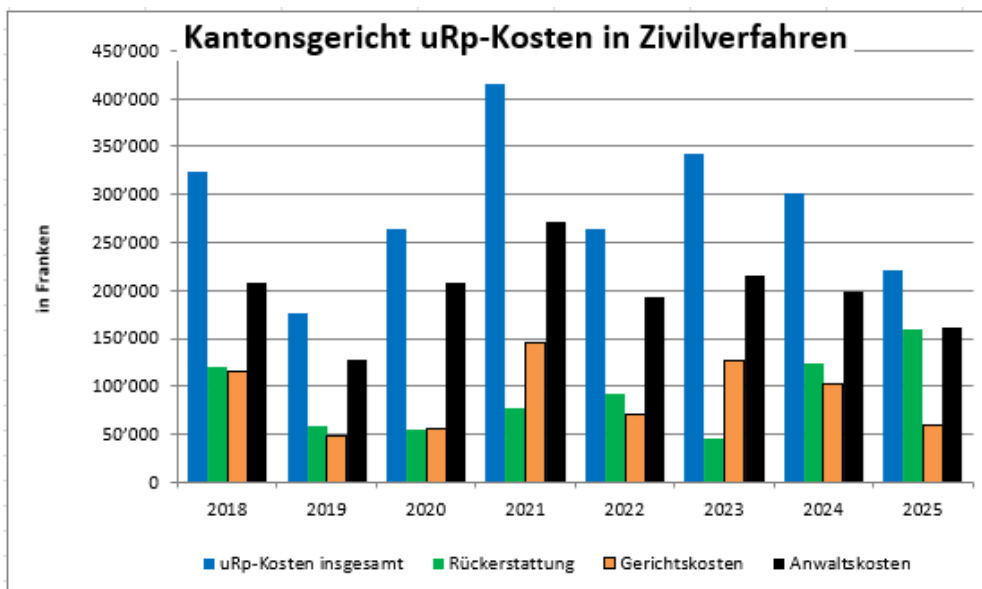


Für die Zivilverfahren der Kreisgerichte wurden Fr. 5'387'893.– für Gerichtsgebühren in Rechnung gestellt. Die Abschreibungen beliefen sich im Berichtsjahr auf Fr. 238'309.–.

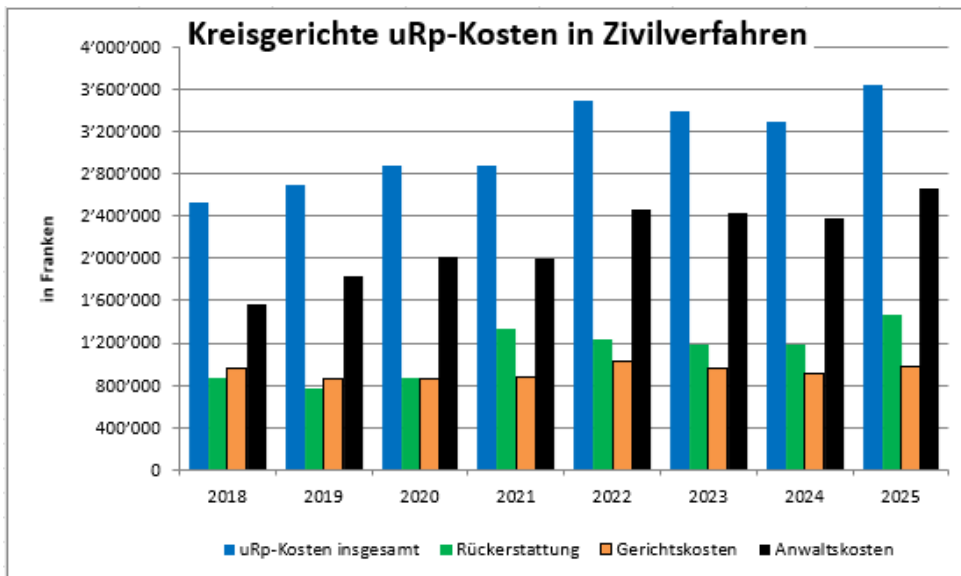


Hinweis: Gerichtsgebühren in *Strafsachen* werden über die Staatsanwaltschaft abgerechnet.

Kosten unentgeltliche Rechtspflege (uRp) in Zivilverfahren: Die Abrechnung der insgesamt im Berichtsjahr bewilligten Gesuche der unentgeltlichen Rechtspflege in *Zivilverfahren* ergab beim *Kantonsgericht (einschliesslich Handelsgericht)* Kosten in der Höhe von Fr. 220'128.– (im Vorjahr 300'915.–). Mit der systematischen Bewirtschaftung der Nachforderungen wurden im Berichtsjahr Rückerstattungen im Umfang von Fr. 159'415.– sichergestellt.



Die Abrechnung der insgesamt im Berichtsjahr bewilligten Gesuche der unentgeltlichen Rechtspflege in *Zivilverfahren* ergab bei *allen Kreisgerichten insgesamt* Kosten in der Höhe von Fr. 3'645'752.– (im Vorjahr Fr. 3'295'651.–). Mit der systematischen Bewirtschaftung der Nachforderungen wurden im Berichtsjahr Rückerstattungen im Umfang von Fr. 1'470'613.– sichergestellt.



Die Nachforderungsansprüche werden systematisch bewirtschaftet. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass der Erfolg aus diesen Vorkehrungen betreffend Rückforderungen insbesondere von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Betroffenen abhängig ist.

Hinweis: Die unentgeltliche Rechtspflege in Strafsachen (amtliche Verteidigung und unentgeltliche Verbeiständung der Privatklägerschaft) wird über die Staatsanwaltschaft abgerechnet.

1.3.4 Infrastruktur

In den letzten Geschäftsberichten wurde über das Projekt «Gesamterneuerung Klosterhof» berichtet. In diesem Projekt erfolgten auch im Berichtsjahr unter der Federführung des Bau- und Umweltdepartementes vorbereitende Abklärungsarbeiten. Der weitere Verlauf des Projektes wird für den Gerichtsbetrieb des Kantonsgerichtes von wesentlicher Bedeutung sein.

1.3.5 Weiterbildung

Im Berichtsjahr fanden unter der Leitung des Kantonsgerichtes wiederum verschiedene Weiterbildungsveranstaltungen statt.

Die Familienrechtskammer des Kantonsgerichtes organisierte einen Weiterbildungstag für die Richterinnen und Richter sowie die Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber mit Referaten und Workshops zu den Themen «Sozialversicherungsrechtliche Fragen bei der Behandlung von familienrechtlichen Streitigkeiten», «Verhandlungsführung» sowie «Festsetzung von Unterhalt in Patchworksituationen». Überdies führte sie in Zusammenarbeit mit dem St.Galler Anwaltsverband einen Erfahrungsaustausch zum Thema «Fragen bei der Überschussverteilung im Rahmen der Unterhaltsberechnung» durch. In Fortführung des Dialogs mit den Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) beteiligte sie sich an einem Erfahrungsaustausch zum Thema Kindesunterhalt.

Für die Schlichtungsstellen für Arbeitsverhältnisse organisierte das Kantonsgericht eine Weiterbildungsveranstaltung mit Referaten zu den Themen «Arbeit auf Abruf», «Änderungskündigungen», «Prozessrechtliche Fragen im (Arbeits-)Schlichtungsverfahren» sowie «Persönliches Erscheinen zur Schlichtungsverhandlung und Säumnis». Als Referenten und Referentinnen wirkten Kantonsgerichtspräsidentin Claudia Wetter, Kreisrichter Thomas Zogg sowie Rechtsanwalt Dr. Manuel Stengel und Prof. Dr. Nadja Erk, assoziierte Professorin für Schweizerisches Zivilverfahrensrecht an der Universität St.Gallen, mit.

Darüber hinaus besuchten die Richterinnen und Richter, die Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber sowie die Mitarbeitenden der Justizverwaltung individuell verschiedene interne und externe Weiterbildungsveranstaltungen.

1.3.6 Nachwuchsförderung

Bereits zum neunten Mal führte das Kantonsgericht gemeinsam mit der Universität St.Gallen und mit Unterstützung der Verwaltungsjustiz sowie der Kreisgerichte ein Kurzpraktikum für Studierende der Universität St.Gallen durch. Im Sinne der Förderung der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis soll das Kurzpraktikum den Studierenden bereits vor Studienabschluss einen Einblick in die Tätigkeit der st.gallischen Gerichte ermöglichen.

Darüber hinaus wirkte das Kantonsgericht an den Law Days der Universität St.Gallen mit. In diesem Rahmen ermöglichte es zahlreichen Studierenden juristischer Studiengänge, im persönlichen Gespräch mehr über Berufsbilder an den Gerichten zu erfahren.

Den Kindern bot das Kantonsgericht am Nationalen Zukunftstag, in Zusammenarbeit mit dem St.Galler Anwaltsverband und der Staatsanwaltschaft, mit einer fiktiven Gerichtsverhandlung im Kantonsgerichtssaal einen Einblick in den Berufsalltag der Akteure, die in Gerichtsverfahren auftreten. Das Angebot stand Kindern von Mitarbeitenden der st.gallischen Gerichte und der Staatsverwaltung, von Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten und von Mitarbeitenden der Universität St.Gallen offen. Der Anlass stiess bei den Kindern wiederum auf grosses Interesse.

2. Kreisgerichte

2.1 Personelles

Gerichtskreis St.Gallen: Im Vorjahr erklärte Andreas Schmid, festangestellter Kreisrichter, per 31. Januar 2026 seinen Rücktritt. Als Nachfolgerin wurde Christa Grünig gewählt. Bei den Ergänzungswahlen aufgrund der vom Kantonsrat zusätzlich bewilligten Personalressourcen wurden Ulrike Plangg und Michael Scherrer als neue festangestellte Kreisrichterinnen bzw. neuer festangestellter Kreisrichter gewählt. Tabea Mazenauer, festangestellte Kreisrichterin, erklärte im Berichtsjahr aufgrund ihrer Wahl zur hauptamtlichen Kantonsrichterin per 31. Dezember 2025 ihren Rücktritt. Zu ihrem Nachfolger wurde Stefan Marti gewählt.

Gerichtskreis Rorschach: Im Vorjahr erklärte Manuela Luminati, festangestellte Kreisrichterin, ihren Rücktritt per 31. August 2025. Zu ihrer Nachfolgerin wurde Kathrine Keller Haan gewählt.

Gerichtskreis Rheintal: Mark Schärz, festangestellter Kreisrichter, erklärte im Berichtsjahr seinen Rücktritt per 31. Dezember 2025. Als Nachfolger wurde Christoph Hanselmann gewählt. Der Präsident des Kreisgerichts Rheintal, Roland Eugster, erklärte im Berichtsjahr infolge seiner Wahl zum hauptamtlichen Kantonsrichter per 31. Dezember 2025 seinen Rücktritt. In der folgenden Ersatzwahl wurde Dominik Gebert, bisher festangestellter Kreisrichter und Vizepräsident des Kreisgerichts Rheintal, zum Kreisgerichtspräsidenten gewählt. Sein Amtsantritt erfolgte am 13. Januar 2026. Aufgrund seiner Wahl zum Kreisgerichtspräsidenten erklärte Dominik Gebert seinen Rücktritt als festangestellter Kreisrichter am Kreisgericht Rheintal. Die Ersatzwahl steht noch aus.

Gerichtskreis Werdenberg-Sarganserland: Keine Veränderung im Berichtsjahr.

Gerichtskreis See-Gaster: Im Vorjahr erklärte Yves Hildebrand, festangestellter Kreisrichter, infolge seiner Wahl zum hauptamtlichen Kantonsrichter seinen Rücktritt per 28. Februar 2025. Zu seiner Nachfolgerin wurde Corina Göldi gewählt.

Gerichtskreis Toggenburg: Bei der Ergänzungswahl aufgrund der vom Kantonsrat zusätzlich bewilligten Personalressourcen wurde Fabian Gähwiler als neuer festangestellter Kreisrichter gewählt.

Gerichtskreis Wil: Dominik Weiss, festangestellter Kreisrichter, erklärte im Vorjahr per 31. Januar 2026 seinen Rücktritt. Als Nachfolgerin wurde Jolanda Genton gewählt. Bei der Ergänzungswahl aufgrund der vom Kantonsrat zusätzlich bewilligten Personalressourcen wurde Manuel Wunderlin als neuer festangestellter Kreisrichter gewählt. Im Vorjahr erklärte die nebenamtliche Richterin Eliane Keller am 19. Dezember 2024 per sofort ihren Rücktritt. Als Nachfolgerin wurde Kathrin Kuhn gewählt. Weiter erklärte Maja Näf, nebenamtliche Kreisrichterin, im Berichtsjahr per 31. Januar 2026 ihren Rücktritt. Zu ihrem Nachfolger wurde Sebastian Koller gewählt.

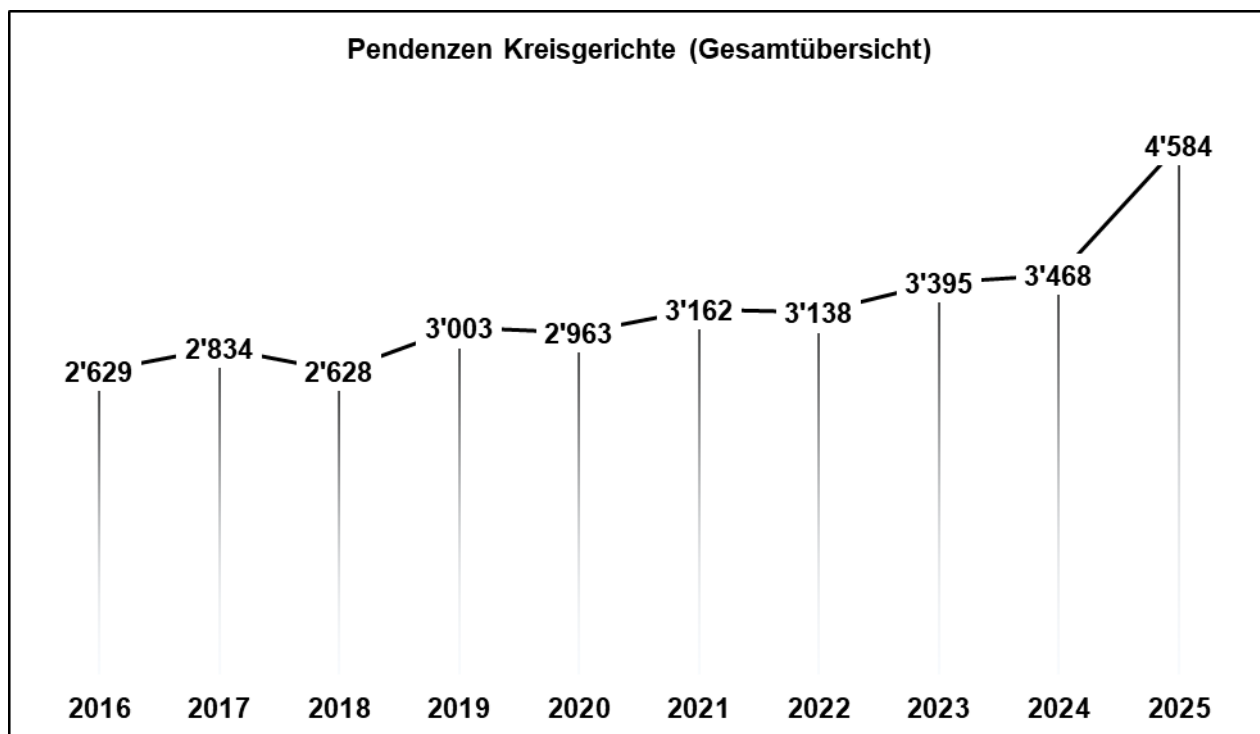
2.2 Geschäftslast

Im Berichtsjahr gingen bei allen Kreisgerichten insgesamt 15'274 Fälle ein. Die Geschäftslast hat damit im Vergleich zum Mittelwert der Falleingänge der Jahre 2022 bis 2024 (12'039) sehr stark bzw. um 27 Prozent zugenommen. Im Berichtsjahr konnten 14'398 Verfahren erledigt werden, sodass Ende 2025 noch 4'584 Verfahren pendent waren. Die Gesamtübersicht zeigt, dass im Jahr 2025 mit Abstand die höchste Falleingangszahl der letzten zehn Jahre zu verzeichnen ist. Die Anzahl Erledigungen ist ebenfalls sehr hoch, dennoch stieg aufgrund der sehr hohen Geschäftslast die Zahl der pendenten Verfahren.

Im Zusammenhang mit der Zunahme der Geschäftslast bei den Kreisgerichten sind insbesondere folgende Faktoren hervorzuheben: Mit dem Bundesgesetz über die Bekämpfung des missbräuchlichen Konkurses sind per 1. Januar 2025 zahlreiche Änderungen im Schuldbetreibungs- und Konkursrecht (SchKG) in Kraft getreten. Diese Gesetzesänderungen führten bei den Kreisgerichten im Berichtsjahr zu einer deutlichen Zunahme der Konkursverfahren von 1581 im Vorjahr auf 2974 im Berichtsjahr, was einer Zunahme von 88 Prozent entspricht und damit nahe an eine Verdoppelung der Fallzahlen in diesem Bereich kommt. Ebenfalls deutlich zugenommen haben die Fallzahlen in familienrechtlichen Verfahren, namentlich in Verfahren unverheirateter Eltern betreffend Kinderbelange und Unterhaltsfragen. Diese Fallzunahme dürfte teilweise darauf zurückzuführen sein, dass eine Mehrzahl der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) infolge der Aufhebung des Schlichtungsobligatoriums für diese Verfahren (Art. 198 lit. b^{bis} aZPO) keine Unterstützung bei der Ausarbeitung von Unterhaltsverträgen mehr anbietet. Zudem ist ein Anstieg der Forderungsprozesse zu verzeichnen. Dieser könnte im Zusammenhang mit der per 1. Januar 2025 in Kraft getretenen Revision der Zivilprozessordnung stehen, mit welcher der Gesetzgeber die Kostenschranken sowie das Prozesskostenrisiko für die Parteien herabgesetzt hat.

Die sehr hohe Geschäftslast sowie die im Berichtsjahr deutlich gestiegene Zahl der Falleingänge bestätigen die Notwendigkeit der vom Kantonsrat in der Wintersession 2024 für die Kreisgerichte bewilligten zusätzlichen Personalressourcen. Wie bereits beim Kantonsgericht ausgeführt, wird auch bei den Kreisgerichten die Möglichkeit der Reduktion der Pendenzen von der künftigen Entwicklung bzw. allfälligen Zunahme der Geschäftslast abhängen.

Entwicklung der Pendenzen aller Kreisgerichte (Gesamtübersicht 10 Jahre):



Diese langfristige Betrachtung zeigt, dass die Anzahl der pendenten Verfahren über alle Kreisgerichte hinweg in den letzten zehn Jahren um rund 74 Prozent zugenommen hat.

Weiterführende Angaben zur Fallstatistik können den beigefügten Statistikblättern entnommen werden (vgl. Seiten 34 - 41).

2.3 Gerichtsverwaltung

2.3.1 Kreisgerichtspräsidienkonferenz

Ein wichtiges Gremium für die Zusammenarbeit des Kantonsgerichtes mit den Kreisgerichten und auch für den Austausch der Kreisgerichte untereinander ist die Kreisgerichtspräsidienkonferenz. Im Berichtsjahr lud das Kantonsgericht zu vier Konferenzen ein, um aktuelle Themen im direkten Gespräch mit den Kreisgerichtspräsidien zu besprechen. Neben der weiterhin sehr hohen Geschäftslast wurden zahlreiche Geschäfte der Justizverwaltung behandelt. Für das Berichtsjahr können folgende Besprechungsthemen hervorgehoben werden: Vorbereitungsarbeiten für die Gesamterneuerungswahlen der Kreisgerichte und der Schlichtungsbehörden, Informatikprojekte (insbesondere «Justitia 4.0», «Nachfolgelösung JURIS» und Video-Konferenzsysteme), Revision der Zivilprozessordnung und des Schuldbetreibungs- und Konkursrechts inklusive der damit verbundenen Auswirkungen (namentlich Mehraufwand in der Rechtsprechung und im Rechnungswesen), VII. Nachtrag zum Gerichtsgesetz (Wohnsitzpflicht), Umsetzung der «Springerorganisation» sowie verschiedene Personal- und Finanzthemen (einschliesslich Entlastungspaket).

2.3.2 Infrastruktur

Kreisgericht St.Gallen; Gerichtsliegenschaft: Bereits in den Vorjahren wurde über das Projekt für einen neuen Standort für das Kreisgericht St.Gallen berichtet. Nachdem sich in der Volksabstimmung vom 19. November 2023 eine klare Mehrheit für das Vorhaben und damit für den neuen Standort des Kreisgerichtes St.Gallen ausgesprochen hatte, erfolgte ein Projektwettbewerb im selektiven Verfahren für Planerteams aus den Fachbereichen Architektur und Bauingenieurwesen. Das Preisgericht und die Fachplaner prüften im Berichtsjahr die Projekteingaben. Das Preisgericht entschied sich für das Projekt «Frieden» des Verfasserteams Bosshard Vaquer Architekten GmbH aus Zürich mit HallerIngenieure AG aus Baar. In der Folge erteilte die Regierung dem Bau- und Umweltdepartement den Auftrag, das Siegerprojekt zur Realisierung weiterbearbeiten zu lassen. Im Berichtsjahr starteten die entsprechenden Arbeiten.

Kreisgericht See-Gaster; Gerichtsliegenschaft: Bereits in den Geschäftsberichten der Vorjahre wurde darauf hingewiesen, dass die Raumsituation aus verschiedenen Gründen sowohl für die an den Gerichtsverfahren beteiligten Parteien als auch für die Mitarbeitenden des Kreisgerichtes See-Gaster nicht befriedigend ist. Der Kantonsrat bewilligte in der Wintersession 2024 einen Sonderkredit für das Vorhaben «Übergangs-Mietlösung im Linthpark in Uznach für das Kreisgericht See-Gaster bis zum Bezug des Neubauvorhabens für die kantonalen Verwaltungsstellen in Uznach». Im Berichtsjahr arbeitete das Projektteam mit den Fachplanern an der Umsetzung der Übergangslösung. Im Oktober 2025 wurde das entsprechende Baubewilligungsgesuch eingereicht. Parallel erfolgten weitere Planungsarbeiten, um nach Vorliegen der Baubewilligung mit den Umbauarbeiten beginnen zu können. Das für das Kreisgericht wesentliche Projekt betreffend einen Neubau wurde aufgrund noch zu klärender Vorfragen – welche nicht im Bereich der Gerichte liegen – vom federführenden Bau- und Umweltdepartement sistiert.

3. Schlichtungsstellen und Vermittlungsämter

3.1 Personelles

Gerichtskreis Rorschach: Bei der Schlichtungsstelle für Arbeitsverhältnisse wurde Danijela Dragicevic als Nachfolgerin des verstorbenen Mitglieds Urs Eigenmann gewählt.

Gerichtskreis Rheintal: Bei der Schlichtungsstelle für Miet- und Pachtverhältnisse erklärte das Mitglied Kurt Zellweger seinen Rücktritt. Als Nachfolger wurde Christian Eugster gewählt.

Gerichtskreis Werdenberg-Sarganserland: Beim Vermittlungsamt Werdenberg erklärte der Vermittler-Stellvertreter Stefan Hess im Vorjahr seinen Rücktritt. Als Nachfolgerin wurde Marion Lenherr gewählt.

Gerichtskreis See-Gaster: Bei der Schlichtungsstelle für Arbeitsverhältnisse erklärte Ingeborg de Zanet ihren Rücktritt. Als Nachfolgerin wurde Chiara Zeckai-De Zanet gewählt.

Gerichtskreis Toggenburg: Bei der Schlichtungsstelle für Miet- und Pachtverhältnisse wurde Nadine Brunner als Nachfolgerin des im Berichtsjahr verstorbenen Mitglieds Balz Rutz gewählt.

In den übrigen Gerichtskreisen gab es im Berichtsjahr keine personellen Veränderungen bei den Schlichtungsstellen und Vermittlungsämtern zu verzeichnen.

3.2 Geschäftslast

Im Berichtsjahr gingen bei allen *Vermittlungsämtern* insgesamt 1'366 Fälle ein. Es konnten 1'344 Verfahren erledigt werden, sodass Ende 2025 noch 358 Verfahren pendent waren.

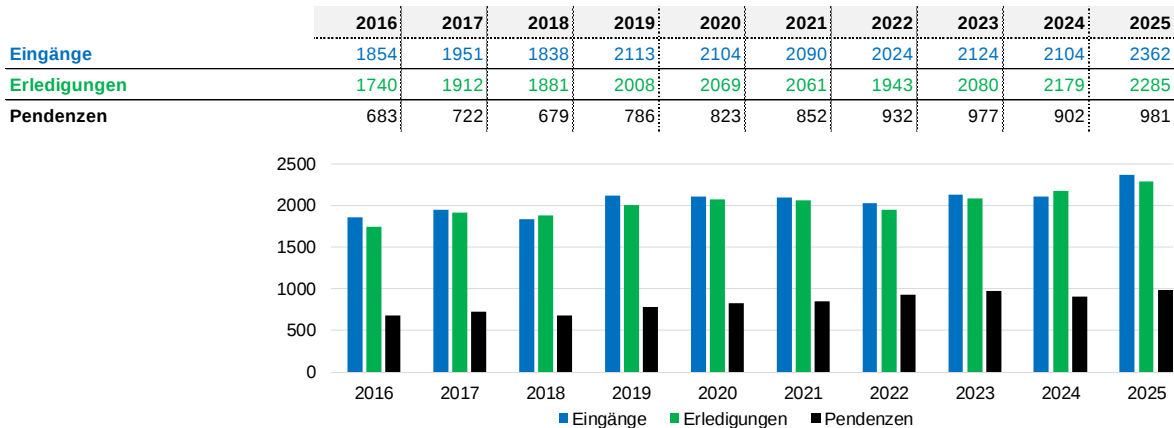
Im Berichtsjahr gingen bei allen *Schlichtungsstellen für Miet- und Pachtverhältnisse* insgesamt 1'350 Fälle ein. Es konnten 1'221 Verfahren erledigt werden, sodass Ende 2025 noch 385 Verfahren pendent waren.

Im Berichtsjahr gingen bei allen *Schlichtungsstellen für Arbeitsverhältnisse* insgesamt 585 Fälle ein. Es konnten 593 Verfahren erledigt werden, sodass Ende 2025 noch 88 Verfahren pendent waren.

Weiterführende Angaben können den beigegeführten Statistikblättern entnommen werden (vgl. Seiten 42 - 45).

Kantonsgericht, Handelsgericht und Anklagekammer

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (10 Jahre)



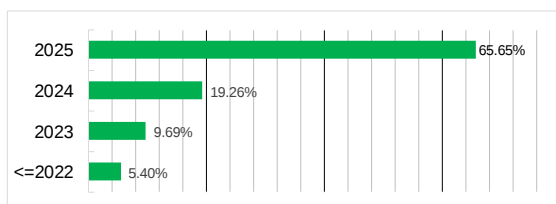
Fallzahlen Berichtsjahr

	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2025	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2025
				Entscheid	Beschluss	Insgesamt	
Zuständigkeit Kammer / Kollegialgericht	576	1003	1579	784	165	949	630
Verfahrensleitende Verfügungen / Präsidialfälle, Einzelrichterfälle	328	1359	1687	746	590	1336	351
Gesamttotal	904	2362	3266	1530	755	2285	981

Verfahrensdauer ¹

	bis 3 Mt.	> 3 Mt. bis 6 Mt.	> 6 Mt. bis 9 Mt.	> 9 Mt. bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre
Zuständigkeit Kammer / Kollegialgericht	531	163	46	27	61	77	44
Verfahrensleitende Verfügungen / Präsidialfälle, Einzelrichterfälle	1018	156	61	23	35	32	11
	1549	319	107	50	96	109	55

Alter penderter Fälle ²



¹ Basis: Im Berichtsjahr erledigte Verfahren

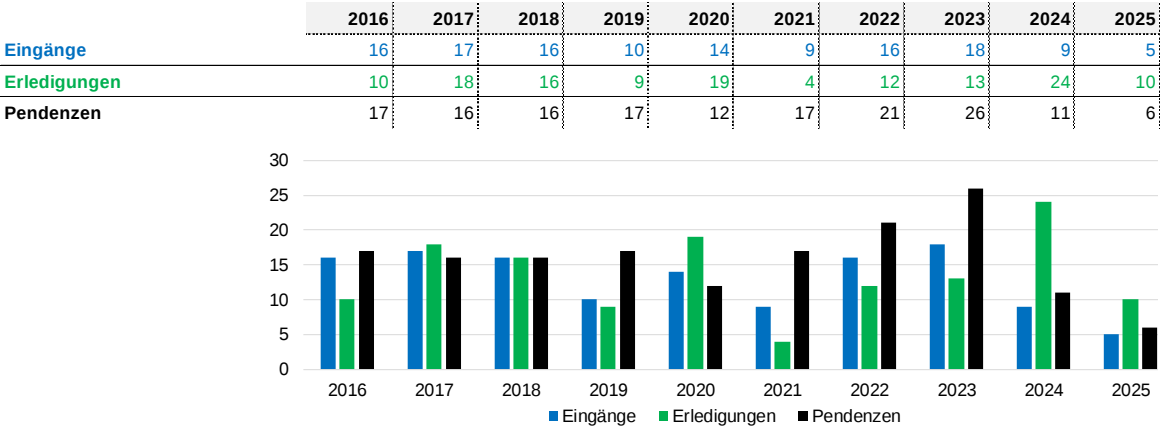
² Anteil penderter Fälle nach Falleingangsjahr

Weiterzüge

Im Berichtsjahr erledigte Verfahren	2285
Im Berichtsjahr angezeigte Weiterzüge von Entscheiden	167
Im Berichtsjahr mitgeteilte Erledigungen von Rechtsmitteln	150
A. Rückzug, Nichteintreten	105
B. Entscheid durch obere Instanz bestätigt	39
C. Entscheid durch obere Instanz teilweise bestätigt	3
D. Entscheid durch obere Instanz nicht bestätigt	3

I. Zivilkammer¹

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (10 Jahre)



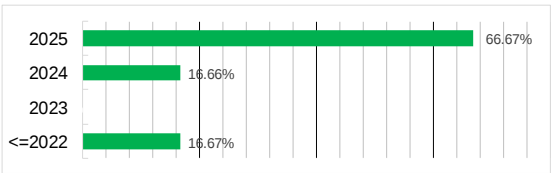
Fallzahlen Berichtsjahr

	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2025	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2025
				Entscheid	Beschluss	Insgesamt	
Zuständigkeit Kammer	11	4	15	7	2	9	6
Verfahrensleitende Verfügungen	0	1	1	1	0	1	0
Gesamttotal	11	5	16	8	2	10	6

Verfahrensdauer²

	bis 3 Mt.	> 3 Mt. bis 6 Mt.	> 6 Mt. bis 9 Mt.	> 9 Mt. bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre
Zuständigkeit Kammer	0	0	0	1	3	4	1
Verfahrensleitende Verfügungen	1	0	0	0	0	0	0
	1	0	0	1	3	4	1

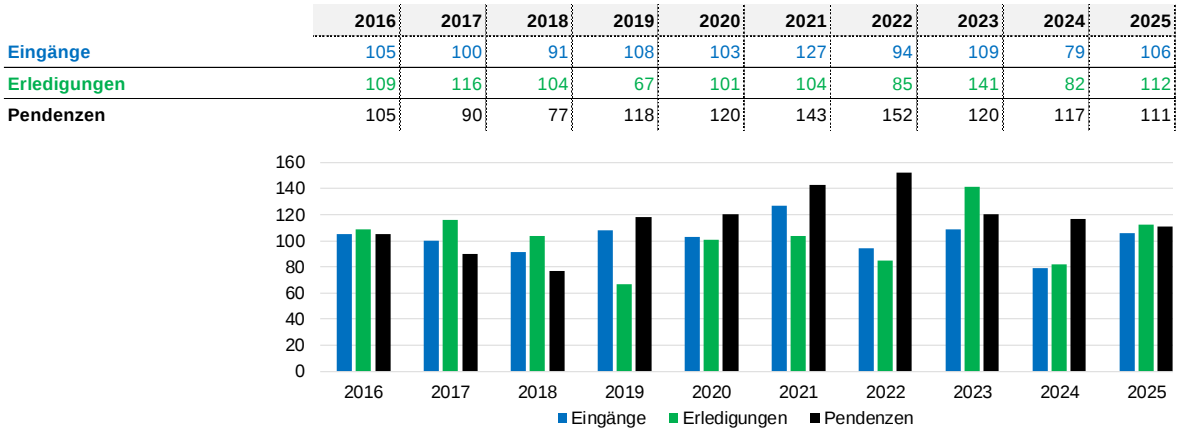
Alter penderter Fälle³



¹ Zuständigkeit: Fälle aus dem Bereich des Personen-, Erb- und Sachenrechts (vgl. Art. 14 Abs.1 lit. b GO)
² Basis: Im Berichtsjahr erledigte Verfahren
³ Anteil penderter Fälle nach Falleingangsjahr

II. Zivilkammer ¹

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (10 Jahre)



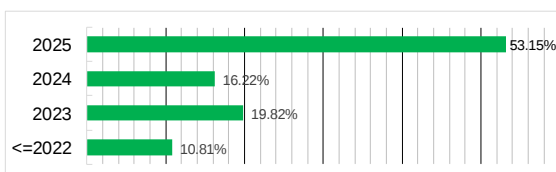
Fallzahlen Berichtsjahr

	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2025	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2025
				Entscheid	Beschluss	Insgesamt	
Zuständigkeit Kammer	57	48	105	44	8	52	53
Verfahrensleitende Verfügungen	60	58	118	42	18	60	58
Gesamttotal	117	106	223	86	26	112	111

Verfahrensdauer ²

	bis 3 Mt.	> 3 Mt. bis 6 Mt.	> 6 Mt. bis 9 Mt.	> 9 Mt. bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre
Zuständigkeit Kammer	19	3	1	3	7	17	2
Verfahrensleitende Verfügungen	18	7	4	4	13	11	3
	37	10	5	7	20	28	5

Alter penderter Fälle ³



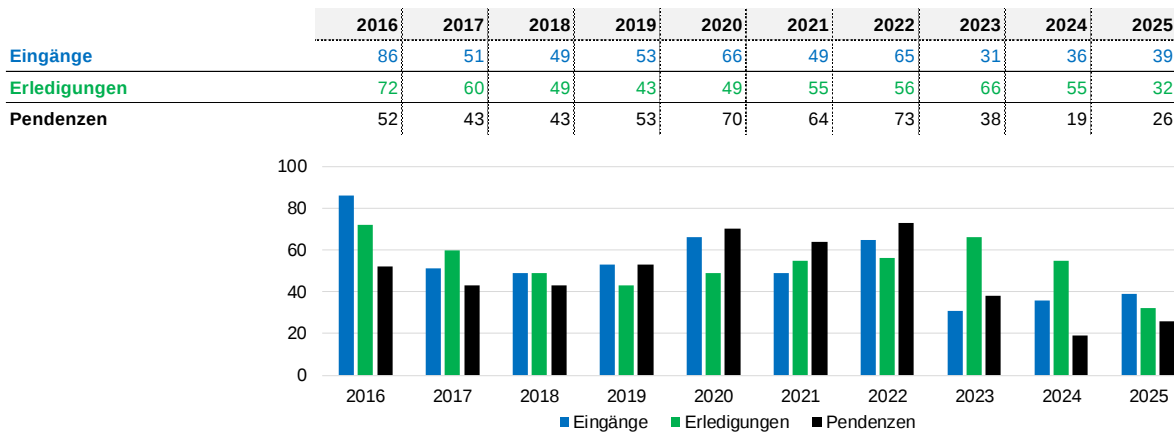
¹ Zuständigkeit: Fälle aus dem Bereich des Familienrechts (vgl. Art. 14 Abs.1 lit. c GO)

² Basis: Im Berichtsjahr erledigte Verfahren

³ Anteil penderter Fälle nach Falleingangsjahr

III. Zivilkammer ¹

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (10 Jahre)



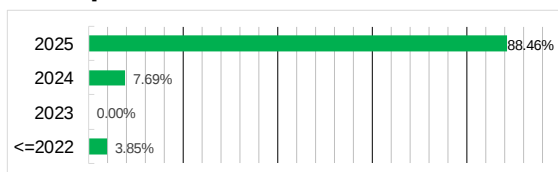
Fallzahlen Berichtsjahr

	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2025	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2025
				Entscheid	Beschluss	Insgesamt	
Zuständigkeit Kammer	18	30	48	17	5	22	26
Verfahrensleitende Verfügungen	1	9	10	8	2	10	0
Gesamttotal	19	39	58	25	7	32	26

Verfahrensdauer ²

	bis 3 Mt.	> 3 Mt. bis 6 Mt.	> 6 Mt. bis 9 Mt.	> 9 Mt. bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre
Zuständigkeit Kammer	3	6	1	4	7	1	0
Verfahrensleitende Verfügungen	8	1	1	0	0	0	0
	11	7	2	4	7	1	0

Alter penderter Fälle ³



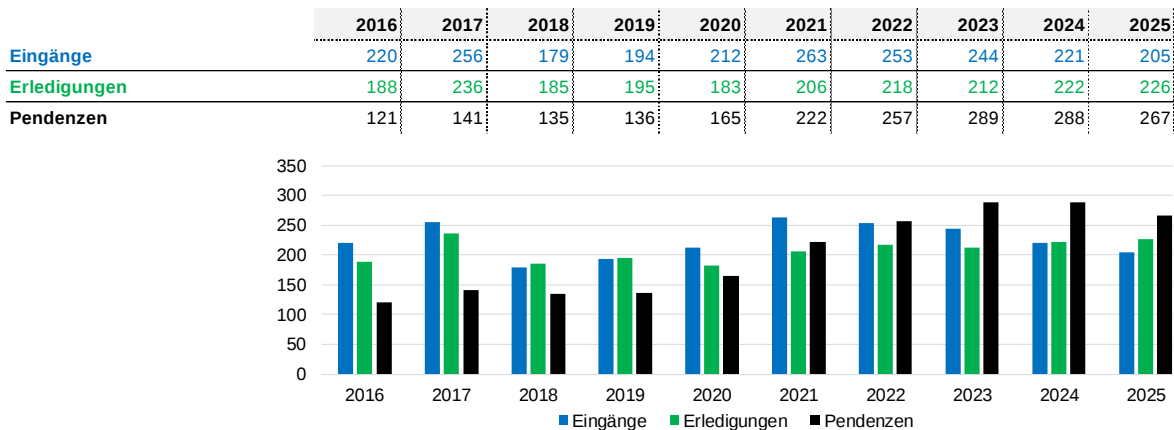
¹ Zuständigkeit: Übrige Fälle, namentlich aus dem Bereich des Obligationenrechts, die öffentlich-rechtlichen Klagen, die Klagen in Schuldbetreibungs- und Konkursachen und die Beschwerden gegen Entscheide der Prüfungskommissionen für Rechtsanwälte und Rechtsagenten (vgl. Art. 14 Abs.1 lit. d GO)

² Basis: Im Berichtsjahr erledigte Verfahren

³ Anteil penderter Fälle nach Falleingangsjahr

Strafkammer

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (10 Jahre)



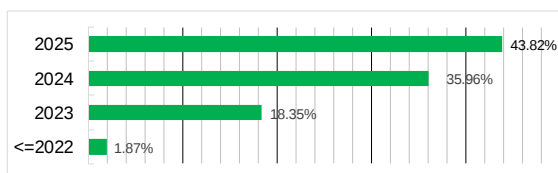
Fallzahlen Berichtsjahr

	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2025	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2025
				Entscheid	Beschluss	Insgesamt	
Zuständigkeit Kammer	285	176	461	135	60	195	266
Verfahrensleitende Verfügungen	3	29	32	30	1	31	1
Gesamttotal	288	205	493	165	61	226	267

Verfahrensdauer ¹

	bis 3 Mt.	> 3 Mt. bis 6 Mt.	> 6 Mt. bis 9 Mt.	> 9 Mt. bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre
Zuständigkeit Kammer	56	19	12	6	28	43	31
Verfahrensleitende Verfügungen	27	1	1	2	0	0	0
	83	20	13	8	28	43	31

Alter penderter Fälle ²



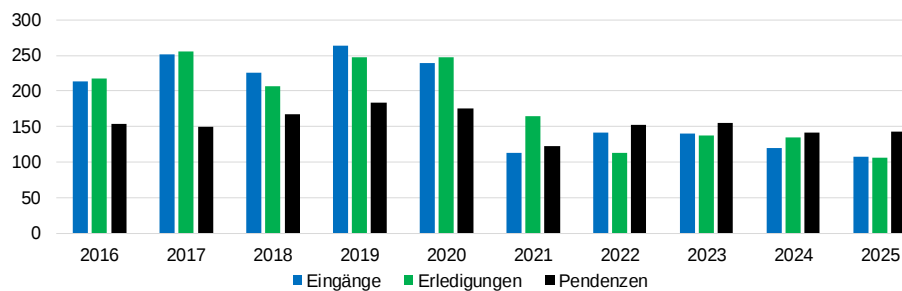
¹ Basis: Im Berichtsjahr erledigte Verfahren

² Anteil penderter Fälle nach Falleingangsjahr

Handelsgericht

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (10 Jahre)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Eingänge	213	251	225	264	239	113	142	140	120	108
Erledigungen	217	256	207	248	247	165	113	137	134	106
Pendenzen	154	149	167	183	175	123	152	155	141	143



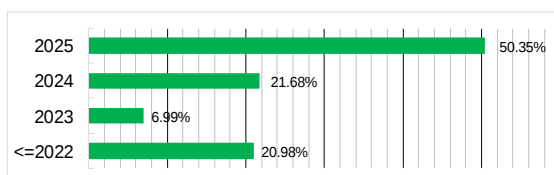
Fallzahlen Berichtsjahr

	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2025	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2025
				Entscheid	Beschluss	Insgesamt	
Zuständigkeit Gericht	107	53	160	19	34	53	107
Zuständigkeit Präsident	34	55	89	36	17	53	36
Gesamttotal	141	108	249	55	51	106	143

Verfahrensdauer ¹

	bis 3 Mt.	> 3 Mt. bis 6 Mt.	> 6 Mt. bis 9 Mt.	> 9 Mt. bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre
Zuständigkeit Gericht	1	4	7	6	15	10	10
Zuständigkeit Präsident	20	11	12	3	3	2	2
	21	15	19	9	18	12	12

Alter penderter Fälle ²

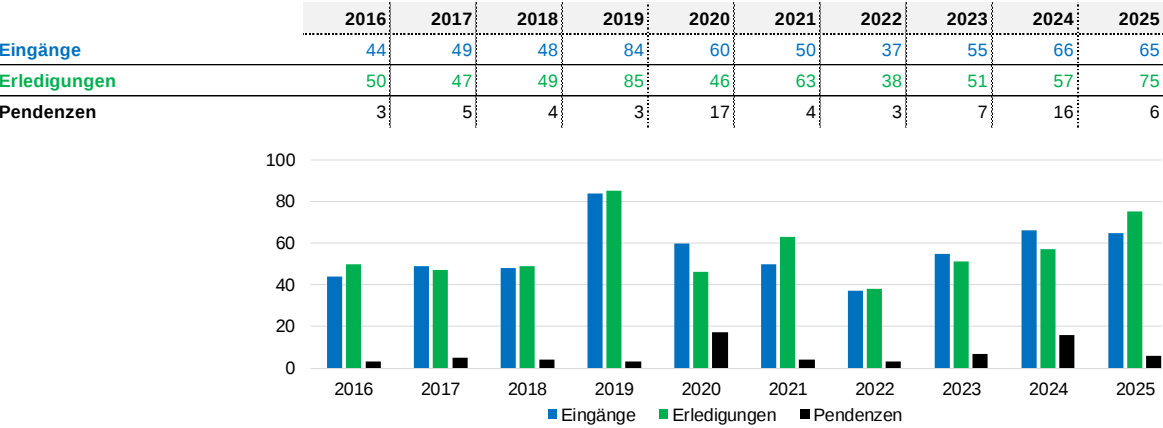


¹ Basis: Im Berichtsjahr erledigte Verfahren

² Anteil penderter Fälle nach Falleingangsjahr

Aufsichtsbehörde für Schuldbetreibung und Konkurs und über das Handelsregister

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (10 Jahre)



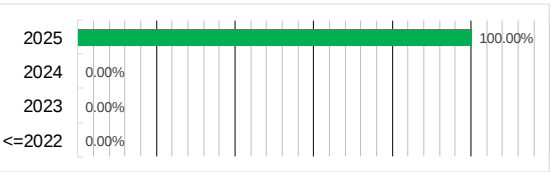
Fallzahlen Berichtsjahr

	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2025	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2025
				Entscheid	Beschluss	Insgesamt	
Zuständigkeit Kammer	12	51	63	52	5	57	6
Zuständigkeit Präsidentin	4	14	18	14	4	18	0
Gesamttotal	16	65	81	66	9	75	6

Verfahrensdauer ¹

	bis 3 Mt.	> 3 Mt. bis 6 Mt.	> 6 Mt. bis 9 Mt.	> 9 Mt. bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre
Zuständigkeit Kammer	49	5	2	1	0	0	0
Zuständigkeit Präsidentin	15	1	1	0	1	0	0
	64	6	3	1	1	0	0

Alter penderter Fälle ²

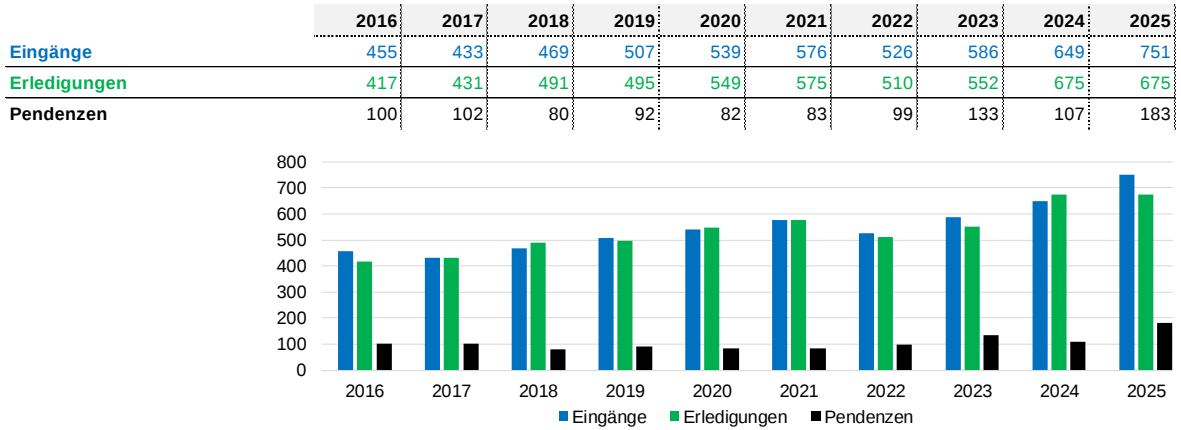


¹ Basis: Im Berichtsjahr erledigte Verfahren

² Anteil penderter Fälle nach Falleingangsjahr

Anlagekammer

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (10 Jahre)



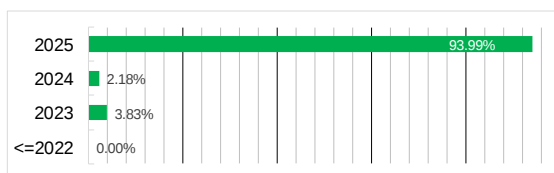
Fallzahlen Berichtsjahr

	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2025	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2025
				Entscheid	Beschluss	Insgesamt	
Zuständigkeit Kammer	84	634	718	508	50	558	160
Zuständigkeit Präsident	23	117	140	95	22	117	23
Gesamttotal	107	751	858	603	72	675	183

Verfahrensdauer ¹

	bis 3 Mt.	> 3 Mt. bis 6 Mt.	> 6 Mt. bis 9 Mt.	> 9 Mt. bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre
Zuständigkeit Kammer	402	125	23	6	1	1	0
Zuständigkeit Präsident	93	21	2	0	0	1	0
	495	146	25	6	1	2	0

Alter penderter Fälle ²

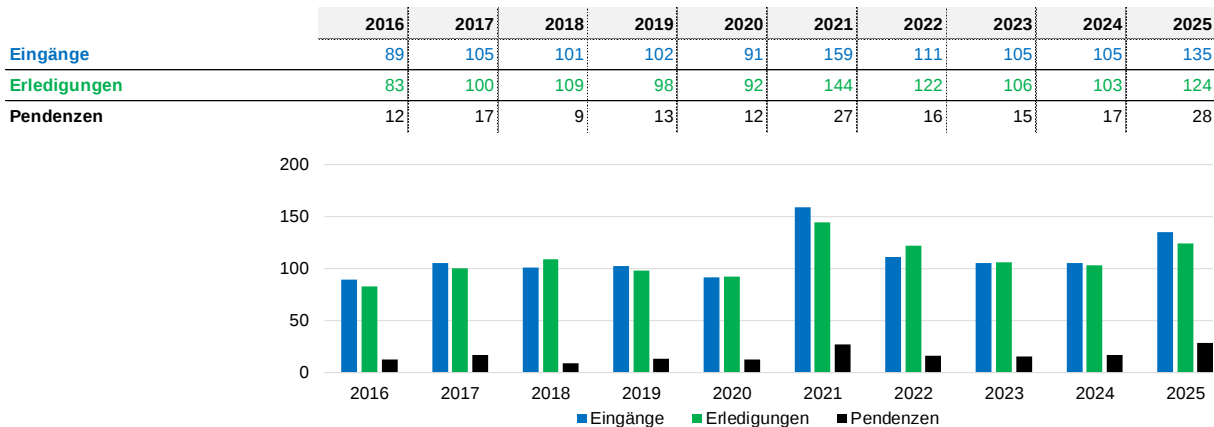


¹ Basis: Im Berichtsjahr erledigte Verfahren

² Anteil penderter Fälle nach Falleingangsjahr

Anwaltskammer

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (10 Jahre)



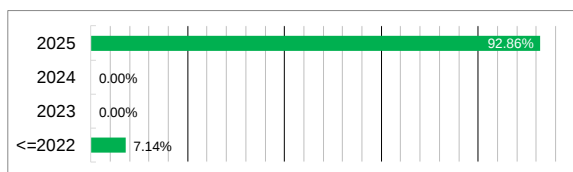
Fallzahlen Berichtsjahr

	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2025	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2025
				Entscheid	Beschluss	Insgesamt	
Zuständigkeit Kammer	2	7	9	2	1	3	6
Zuständigkeit Präsidentin	15	128	143	91	30	121	22
Gesamttotal	17	135	152	93	31	124	28

Verfahrensdauer ¹

	bis 3 Mt.	> 3 Mt. bis 6 Mt.	> 6 Mt. bis 9 Mt.	> 9 Mt. bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre
Zuständigkeit Kammer	1	1	0	0	0	1	0
Zuständigkeit Präsidentin	102	15	2	1	0	0	1
	103	16	2	1	0	1	1

Alter penderter Fälle ²

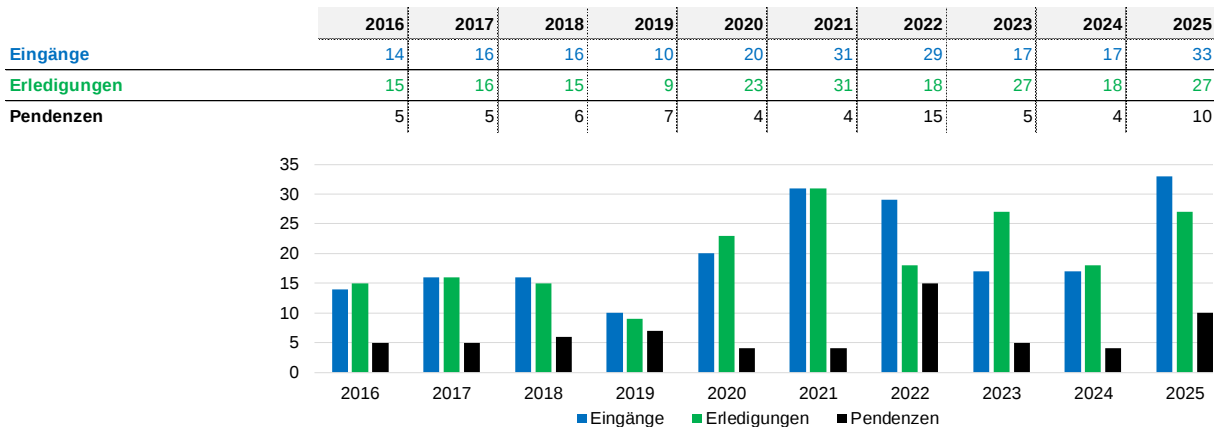


¹ Basis: Im Berichtsjahr erledigte Verfahren

² Anteil penderter Fälle nach Falleingangsjahr

Einzelrichter/in im Personen-, Erb- und Sachenrecht

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (10 Jahre)



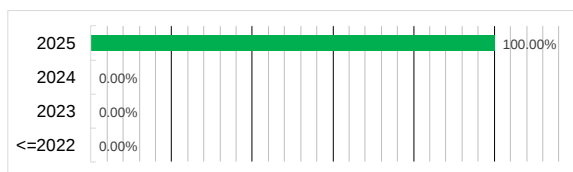
Fallzahlen Berichtsjahr

	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2025	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2025
				Entscheid	Beschluss	Insgesamt	
Berufungen / Beschwerden	4	23	27	15	4	19	8
Verfahrensleitende Verfügungen	0	10	10	7	1	8	2
Gesamttotal	4	33	37	22	5	27	10

Verfahrensdauer ¹

	bis 3 Mt.	> 3 Mt. bis 6 Mt.	> 6 Mt. bis 9 Mt.	> 9 Mt. bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre
Berufungen / Beschwerden	13	5	0	1	0	0	0
Verfahrensleitende Verfügungen	4	4	0	0	0	0	0
	17	9	0	1	0	0	0

Alter pender Fälle ²

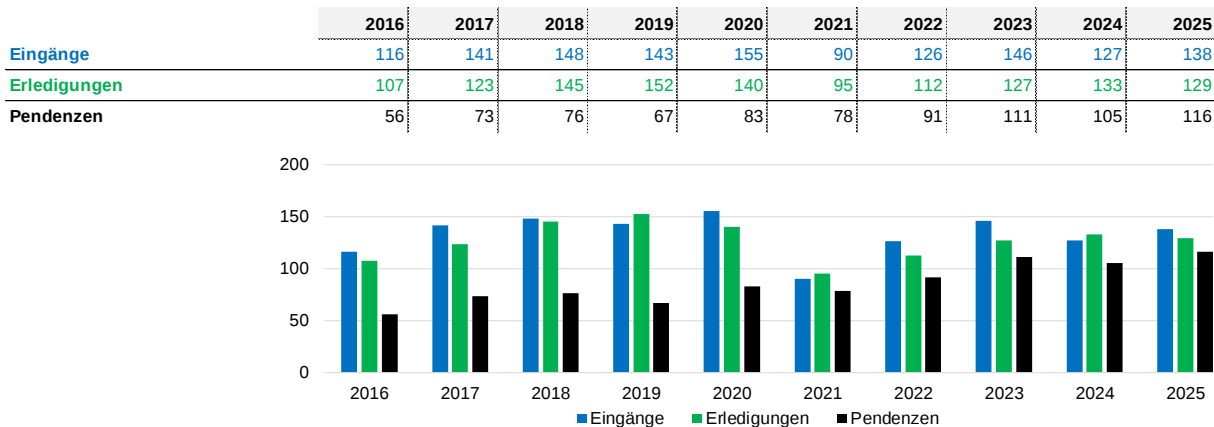


¹ Basis: Im Berichtsjahr erledigte Verfahren

² Anteil pender Fälle nach Falleingangsjahr

Einzelrichter/in in Familiensachen

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (10 Jahre)



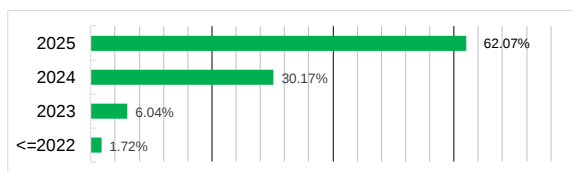
Fallzahlen Berichtsjahr

	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2025	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2025
				Entscheid	Beschluss	Insgesamt	
Berufungen / Beschwerden	59	69	128	47	19	66	62
Verfahrensleitende Verfügungen	48	69	117	34	29	63	54
Gesamttotal	107	138	245	81	48	129	116

Verfahrensdauer ¹

	bis 3 Mt.	> 3 Mt. bis 6 Mt.	> 6 Mt. bis 9 Mt.	> 9 Mt. bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre
Berufungen / Beschwerden	26	14	7	5	4	8	2
Verfahrensleitende Verfügungen	20	13	8	3	8	8	3
	46	27	15	8	12	16	5

Alter penderter Fälle ²

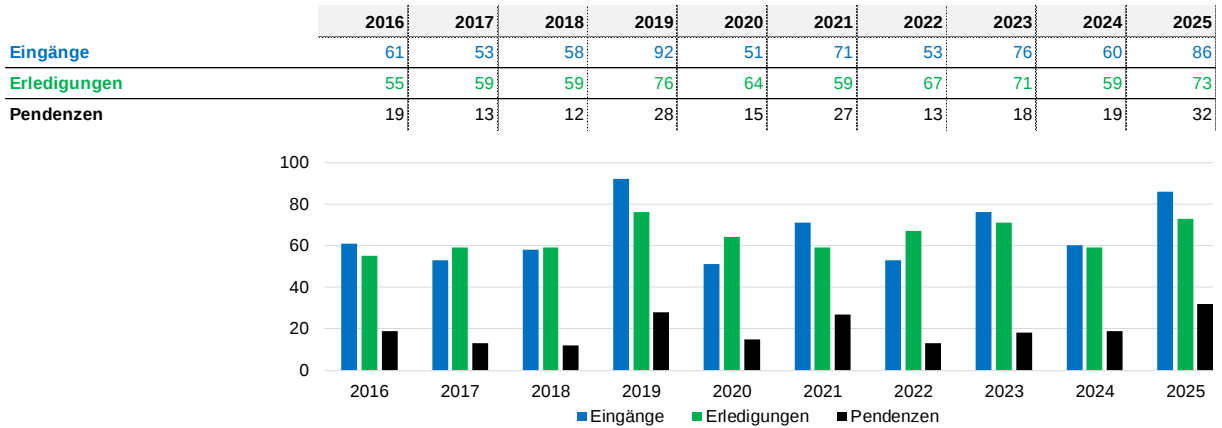


¹ Basis: Im Berichtsjahr erledigte Verfahren

² Anteil penderter Fälle nach Falleingangsjahr

Einzelrichter/in im Obligationenrecht

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (10 Jahre)



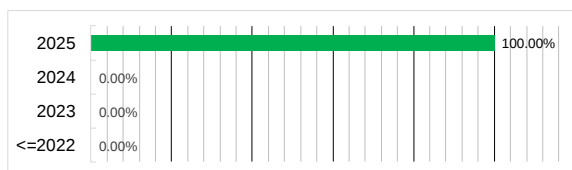
Fallzahlen Berichtsjahr

	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2025	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2025
				Entscheid	Beschluss	Insgesamt	
Berufungen / Beschwerden	11	62	73	46	5	51	22
Verfahrensleitende Verfügungen	8	24	32	18	4	22	10
Gesamttotal	19	86	105	64	9	73	32

Verfahrensdauer ¹

	bis 3 Mt.	> 3 Mt. bis 6 Mt.	> 6 Mt. bis 9 Mt.	> 9 Mt. bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre
Berufungen / Beschwerden	39	7	4	0	1	0	0
Verfahrensleitende Verfügungen	18	4	0	0	0	0	0
	57	11	4	0	1	0	0

Alter penderter Fälle ²

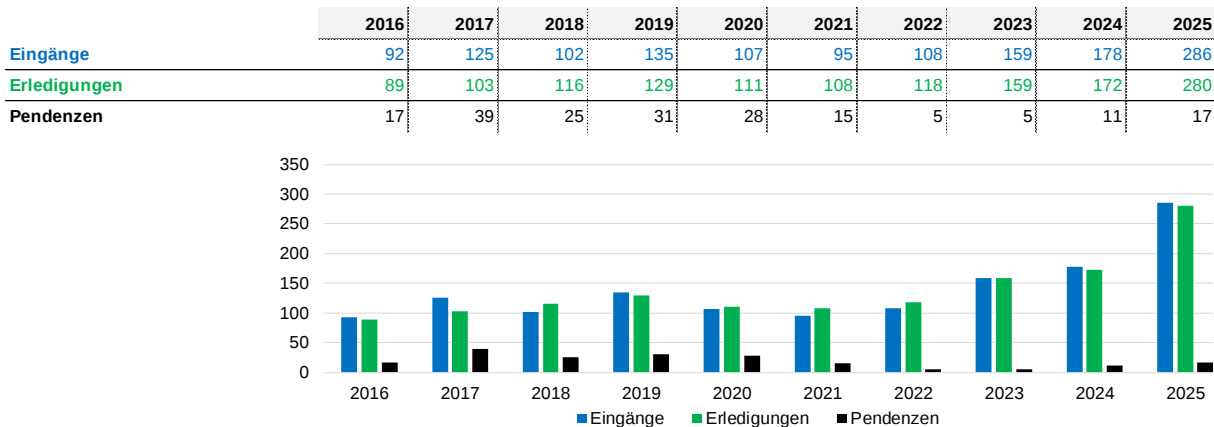


¹ Basis: Im Berichtsjahr erledigte Verfahren

² Anteil penderter Fälle nach Falleingangsjahr

Einzelrichter/in im SchKG

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (10 Jahre)



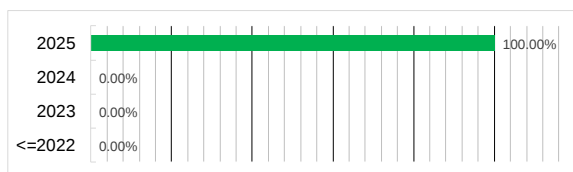
Fallzahlen Berichtsjahr

	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2025	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2025
				Entscheid	Beschluss	Insgesamt	
Berufungen / Beschwerden	9	165	174	151	7	158	16
Verfahrensleitende Verfügungen	2	121	123	97	25	122	1
Gesamttotal	11	286	297	248	32	280	17

Verfahrensdauer ¹

	bis 3 Mt.	> 3 Mt. bis 6 Mt.	> 6 Mt. bis 9 Mt.	> 9 Mt. bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre
Berufungen / Beschwerden	152	4	1	1	0	0	0
Verfahrensleitende Verfügungen	121	0	1	0	0	0	0
	273	4	2	1	0	0	0

Alter penderter Fälle ²

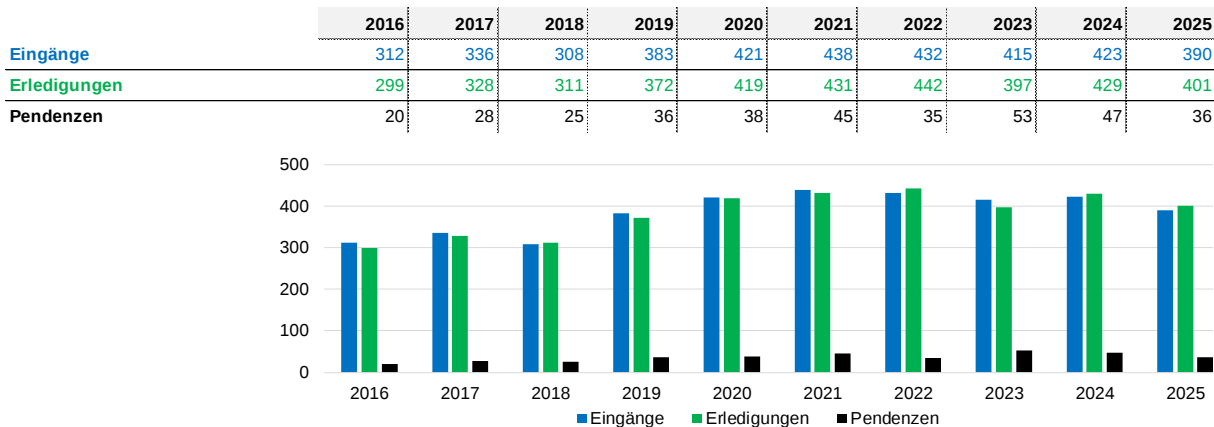


¹ Basis: Im Berichtsjahr erledigte Verfahren

² Anteil penderter Fälle nach Falleingangsjahr

Einzelrichter/in Rechtshilfe- und Schiedsgerichtswesen

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (10 Jahre)



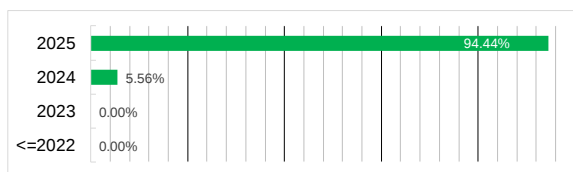
Fallzahlen Berichtsjahr

	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2025	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2025
				Entscheid	Beschluss	Insgesamt	
Rechtshilfe	47	390	437	0	401	401	36
Schiedsgerichtssachen	0	0	0	0	0	0	0
Gesamttotal	47	390	437	0	401	401	36

Verfahrensdauer ¹

	bis 3 Mt.	> 3 Mt. bis 6 Mt.	> 6 Mt. bis 9 Mt.	> 9 Mt. bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre
Rechtshilfe	326	48	17	3	5	2	0
Schiedsgerichtssachen	0	0	0	0	0	0	0
	326	48	17	3	5	2	0

Alter penderter Fälle ²



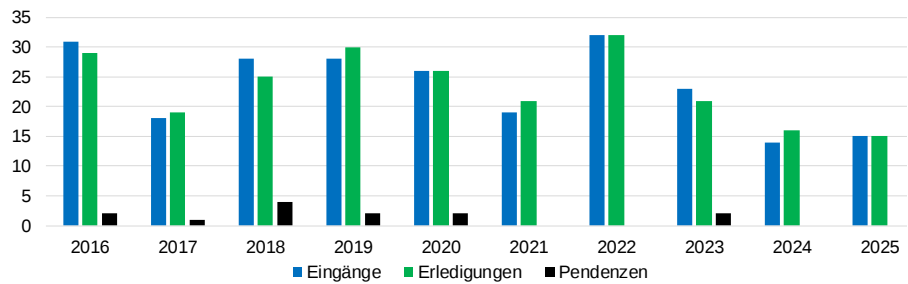
¹ Basis: Im Berichtsjahr erledigte Verfahren

² Anteil penderter Fälle nach Falleingangsjahr

Kantonsgerichtspräsidium

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (10 Jahre)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Eingänge	31	18	28	28	26	19	32	23	14	15
Erledigungen	29	19	25	30	26	21	32	21	16	15
Pendenzen	2	1	4	2	2	0	0	2	0	0



Fallzahlen Berichtsjahr

	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2025	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2025
				Entscheid	Beschluss	Insgesamt	
Präsidialfälle	0	15	15	14	1	15	0
Gesamttotal	0	15	15	14	1	15	0

Verfahrensdauer ¹

	bis 3 Mt.	> 3 Mt. bis 6 Mt.	> 6 Mt. bis 9 Mt.	> 9 Mt. bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre
Präsidialfälle	15	0	0	0	0	0	0
	15	0	0	0	0	0	0

Alter penderter Fälle ²

2025	0,00%
2024	0,00%
2023	0,00%
<=2022	0,00%

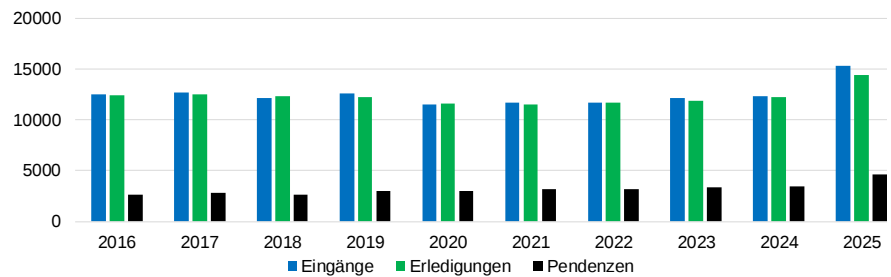
¹ Basis: Im Berichtsjahr erledigte Verfahren

² Anteil penderter Fälle nach Falleingangsjahr

Kreisgerichte (Gesamtübersicht)

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (10 Jahre)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Eingänge	12530	12683	12106	12593	11525	11720	11661	12124	12331	15274
Erledigungen	12439	12485	12312	12221	11570	11523	11690	11850	12261	14398
Pendenzen	2629	2834	2628	3003	2963	3162	3138	3395	3468	4584



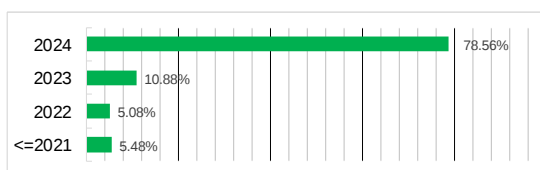
Fallzahlen Berichtsjahr

	Übertrag Vorjahr ¹	Eingänge 2025	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2025
				Entscheid	Beschluss	Insgesamt	
Kollegialgericht	840	506	1346	491	100	591	755
Einzelrichter	2868	14768	17636	10935	2872	13807	3829
Gesamttotal	3708	15274	18982	11426	2972	14398	4584

Verfahrensdauer ²

	bis 3 Mt.	> 3 Mt. bis 6 Mt.	> 6 Mt. bis 9 Mt.	> 9 Mt. bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre
Kollegialgericht	104	105	73	58	146	52	53
Einzelrichter	10763	1665	557	259	423	86	54
	10867	1770	630	317	569	138	107

Alter penderter Fälle ³



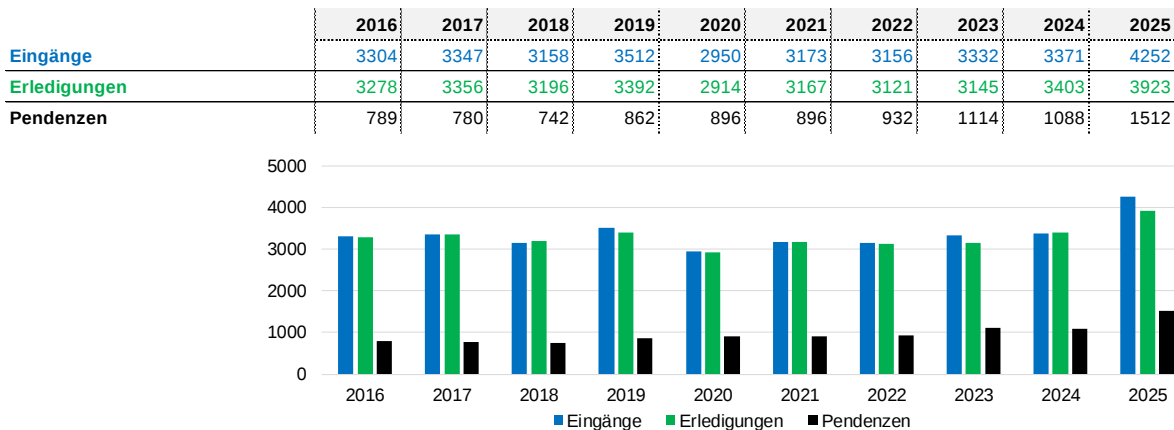
¹ Im Berichtsjahr wurde die Methode der statistischen Auswertung der Fallerledigungen angepasst. Anstelle des Entscheiddatums wird neu das Versandsdatum berücksichtigt. Dies führt im Übergang zum Geschäftsjahr 2025 bei allen Kreisgerichten zu einer einmaligen Anpassung.

² Basis: Im Berichtsjahr beurteilte Verfahren

³ Anteil penderter Fälle nach Falleingangsjahr

Kreisgericht St.Gallen

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (10 Jahre)



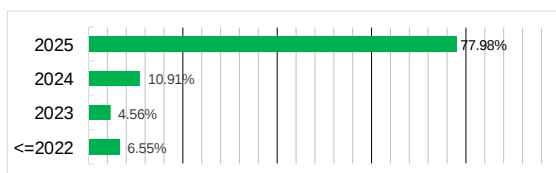
Fallzahlen Berichtsjahr

	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2025	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2025
				Entscheid	Beschluss	Insgesamt	
Kollegialgericht	251	180	431	161	37	198	233
Einzelrichter	932	4072	5004	3198	527	3725	1279
Gesamttotal	1183	4252	5435	3359	564	3923	1512

Verfahrensdauer ¹

	bis 3 Mt.	> 3 Mt. bis 6 Mt.	> 6 Mt. bis 9 Mt.	> 9 Mt. bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre
Kollegialgericht	32	42	26	19	45	17	17
Einzelrichter	2804	484	149	79	163	29	17
	2836	526	175	98	208	46	34

Alter penderter Fälle ²



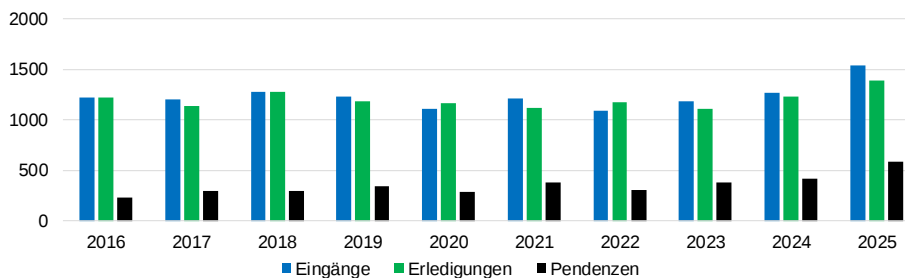
¹ Basis: Im Berichtsjahr beurteilte Verfahren

² Anteil penderter Fälle nach Falleingangsjahr

Kreisgericht Rorschach

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (10 Jahre)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Eingänge	1217	1201	1275	1230	1105	1212	1094	1183	1271	1540
Erledigungen	1219	1140	1279	1180	1164	1120	1172	1105	1232	1387
Pendenzen	234	298	294	342	285	377	301	379	418	584



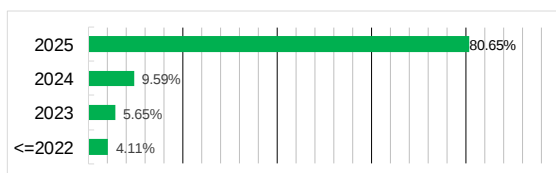
Fallzahlen Berichtsjahr

	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2025	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2025
				Entscheid	Beschluss	Insgesamt	
Kollegialgericht	113	37	150	57	5	62	88
Einzelrichter	318	1503	1821	1023	302	1325	496
Gesamttotal	431	1540	1971	1080	307	1387	584

Verfahrensdauer ¹

	bis 3 Mt.	> 3 Mt. bis 6 Mt.	> 6 Mt. bis 9 Mt.	> 9 Mt. bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre
Kollegialgericht	5	7	10	10	19	4	7
Einzelrichter	922	232	74	46	39	10	2
	927	239	84	56	58	14	9

Alter penderter Fälle ²

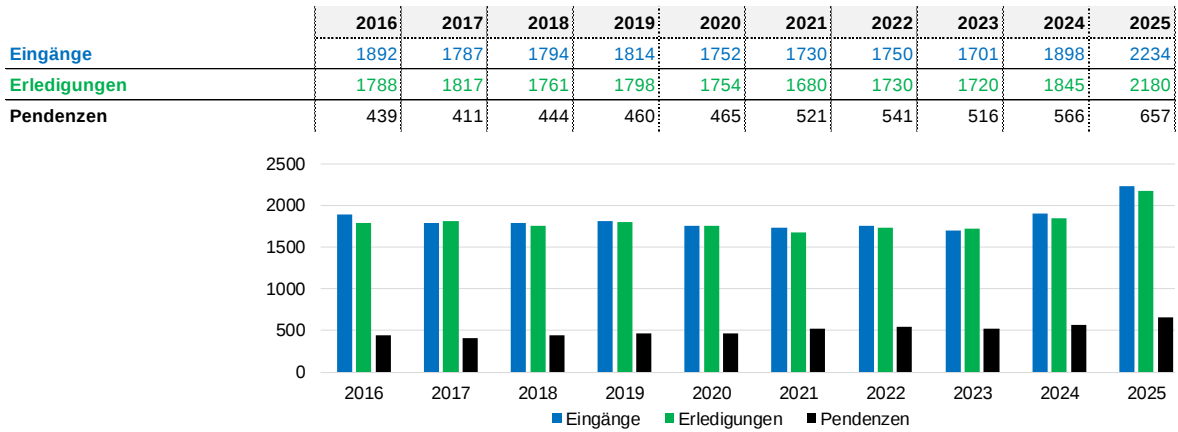


¹ Basis: Im Berichtsjahr beurteilte Verfahren

² Anteil penderter Fälle nach Falleingangsjahr

Kreisgericht Rheintal

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (10 Jahre)



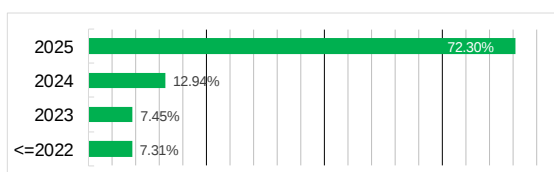
Fallzahlen Berichtsjahr

	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2025	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2025
				Entscheid	Beschluss	Insgesamt	
Kollegialgericht	151	70	221	59	20	79	142
Einzelrichter	452	2164	2616	1565	536	2101	515
Gesamttotal	603	2234	2837	1624	556	2180	657

Verfahrensdauer ¹

	bis 3 Mt.	> 3 Mt. bis 6 Mt.	> 6 Mt. bis 9 Mt.	> 9 Mt. bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre
Kollegialgericht	14	15	6	5	19	8	12
Einzelrichter	1669	252	77	23	49	18	13
	1683	267	83	28	68	26	25

Alter penderter Fälle ²

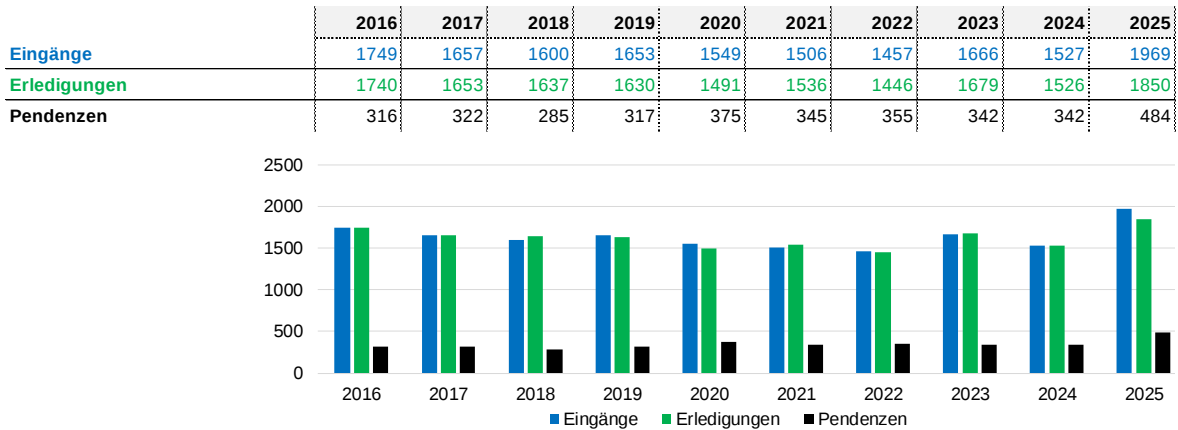


¹ Basis: Im Berichtsjahr beurteilte Verfahren

² Anteil penderter Fälle nach Falleingangsjahr

Kreisgericht Werdenberg-Sarganserland

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (10 Jahre)



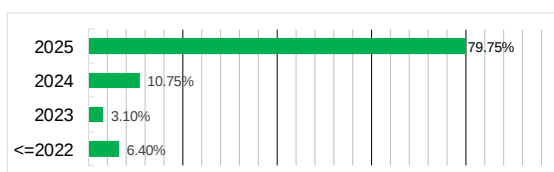
Fallzahlen Berichtsjahr

	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2025	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2025
				Entscheid	Beschluss	Insgesamt	
Kollegialgericht	90	62	152	60	8	68	84
Einzelrichter	275	1907	2182	1442	340	1782	400
Gesamttotal	365	1969	2334	1502	348	1850	484

Verfahrensdauer ¹

	bis 3 Mt.	> 3 Mt. bis 6 Mt.	> 6 Mt. bis 9 Mt.	> 9 Mt. bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre
Kollegialgericht	14	9	10	5	21	5	4
Einzelrichter	1503	147	70	23	29	4	6
	1517	156	80	28	50	9	10

Alter penderter Fälle ²

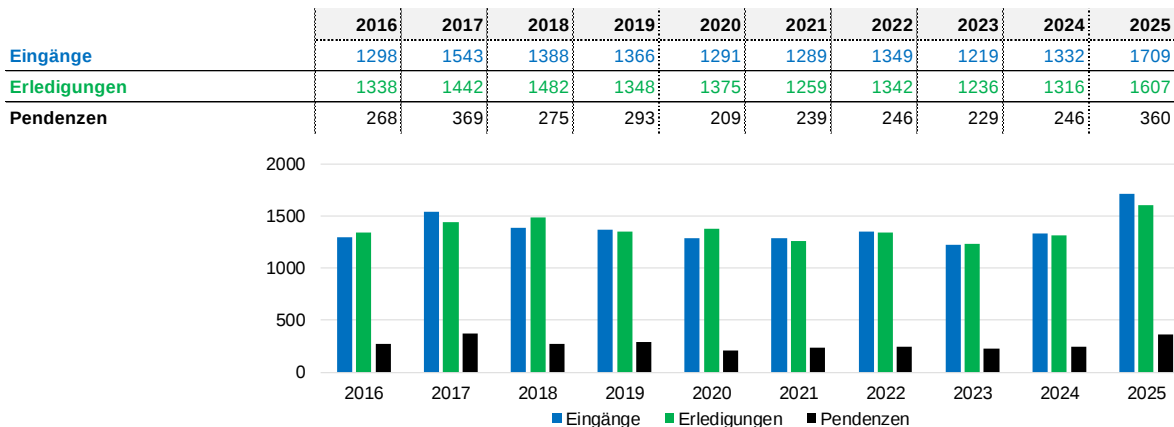


¹ Basis: Im Berichtsjahr beurteilte Verfahren

² Anteil penderter Fälle nach Falleingangsjahr

Kreisgericht See-Gaster

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (10 Jahre)



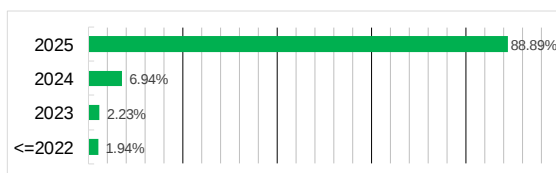
Fallzahlen Berichtsjahr

	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2025	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2025
				Entscheid	Beschluss	Insgesamt	
Kollegialgericht	57	48	105	35	14	49	56
Einzelrichter	201	1661	1862	1102	456	1558	304
Gesamttotal	258	1709	1967	1137	470	1607	360

Verfahrensdauer ¹

	bis 3 Mt.	> 3 Mt. bis 6 Mt.	> 6 Mt. bis 9 Mt.	> 9 Mt. bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre
Kollegialgericht	15	6	7	6	12	0	3
Einzelrichter	1310	137	62	24	21	1	3
	1325	143	69	30	33	1	6

Alter penderter Fälle ²



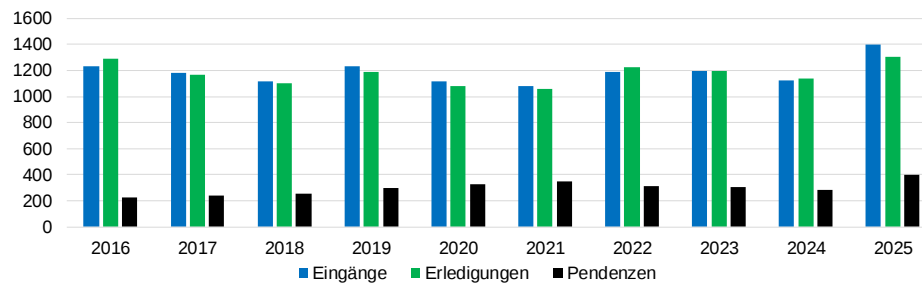
¹ Basis: Im Berichtsjahr beurteilte Verfahren

² Anteil penderter Fälle nach Falleingangsjahr

Kreisgericht Toggenburg

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (10 Jahre)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Eingänge	1234	1182	1116	1231	1113	1082	1187	1195	1122	1401
Erledigungen	1288	1166	1101	1192	1083	1059	1225	1198	1139	1308
Pendenzen	226	242	257	296	325	348	310	303	286	397



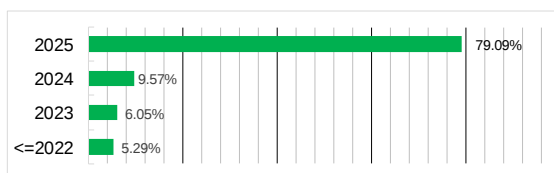
Fallzahlen Berichtsjahr

	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2025	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2025
				Entscheid	Beschluss	Insgesamt	
Kollegialgericht	58	30	88	38	3	41	47
Einzelrichter	246	1371	1617	1006	261	1267	350
Gesamttotal	304	1401	1705	1044	264	1308	397

Verfahrensdauer ¹

	bis 3 Mt.	> 3 Mt. bis 6 Mt.	> 6 Mt. bis 9 Mt.	> 9 Mt. bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre
Kollegialgericht	6	9	5	4	6	6	5
Einzelrichter	951	196	65	13	31	8	3
	957	205	70	17	37	14	8

Alter penderter Fälle ²

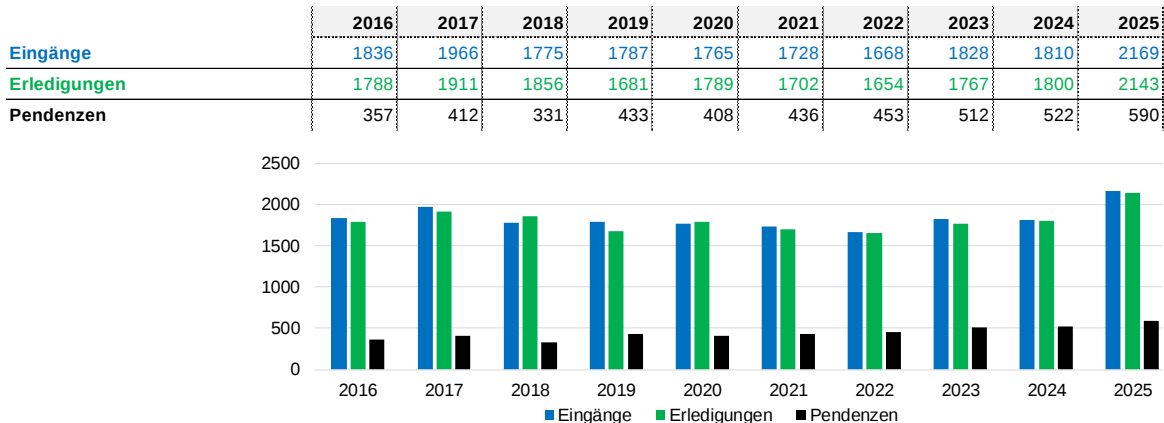


¹ Basis: Im Berichtsjahr beurteilte Verfahren

² Anteil penderter Fälle nach Falleingangsjahr

Kreisgericht Wil

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (10 Jahre)



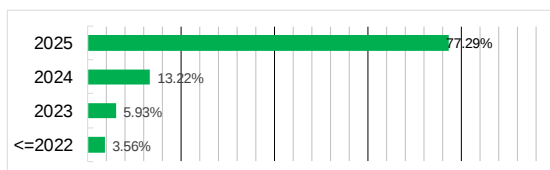
Fallzahlen Berichtsjahr

	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2025	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2025
				Entscheid	Beschluss	Insgesamt	
Kollegialgericht	120	79	199	81	13	94	105
Einzelrichter	444	2090	2534	1599	450	2049	485
Gesamttotal	564	2169	2733	1680	463	2143	590

Verfahrensdauer ¹

	bis 3 Mt.	> 3 Mt. bis 6 Mt.	> 6 Mt. bis 9 Mt.	> 9 Mt. bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre
Kollegialgericht	18	17	9	9	24	12	5
Einzelrichter	1604	217	60	51	91	16	10
	1622	234	69	60	115	28	15

Alter penderter Fälle ²



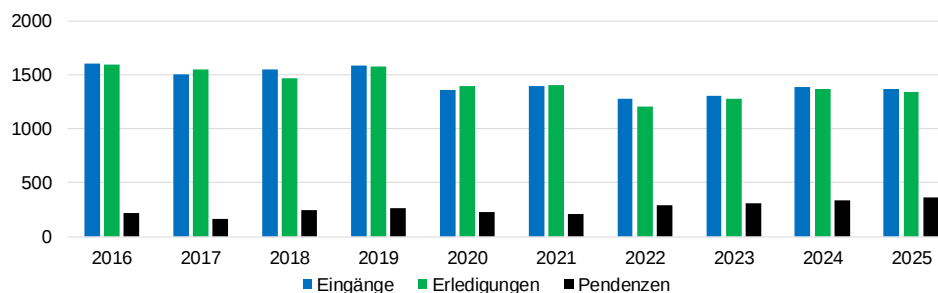
¹ Basis: Im Berichtsjahr beurteilte Verfahren

² Anteil penderter Fälle nach Falleingangsjahr

Vermittlungsämter

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (10 Jahre)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Eingänge	1600	1504	1551	1590	1359	1394	1280	1301	1390	1366
Erledigungen	1599	1553	1470	1575	1395	1405	1202	1282	1364	1344
Pendenzen	221	167	248	263	224	213	291	310	336	358



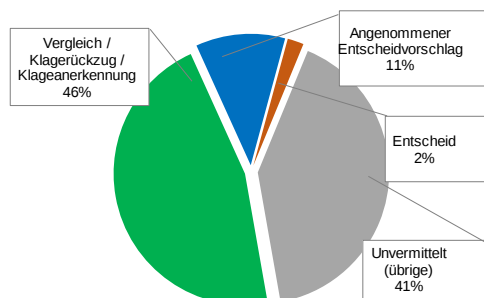
Fallzahlen Berichtsjahr

Gerichtskreis	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2025	Total	Erledigungen	Pendent Ende 2025
St.Gallen	165	416	581	410	171
Rorschach	22	132	154	124	30
Rheintal	50	188	238	192	46
Werdenberg-Sarganserland	11	156	167	148	19
See-Gaster	38	216	254	221	33
Toggenburg	19	83	102	82	20
Wil	31	175	206	167	39
Gesamttotal	336	1366	1702	1344	358

Übersicht nach Erledigungsarten

Im Berichtsjahr erledigt durch

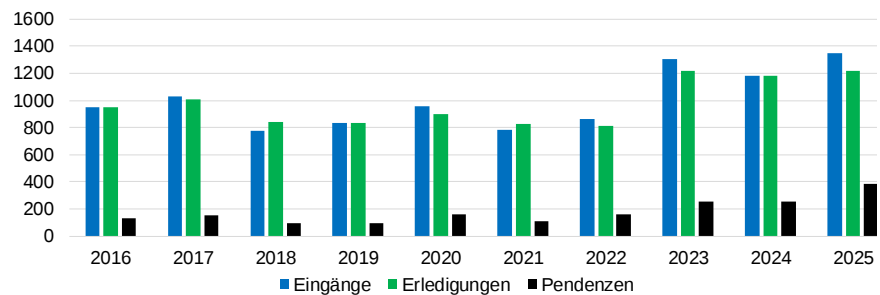
Vergleich / Klagerückzug / Klageanerkennung	46%
Angenommener Entscheidvorschlag	11%
Entscheid	2%
Unvermittelt (übrige)	41%
Total	100%



Schlichtungsstellen für Miet- und Pachtverhältnisse

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (10 Jahre)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Eingänge	951	1031	778	837	957	782	862	1303	1182	1350
Erledigungen	949	1006	838	836	898	826	812	1218	1180	1221
Pendenzen	129	154	94	95	156	112	162	254	256	385



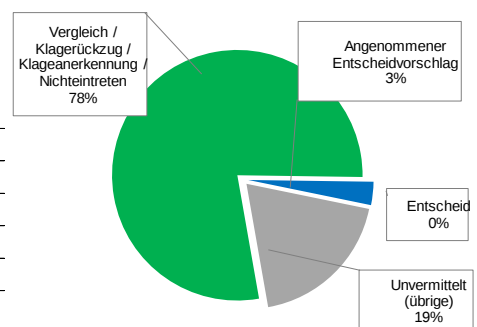
Fallzahlen Berichtsjahr

Gerichtskreis	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2025	Total	Erledigungen	Pendent Ende 2025
St.Gallen	116	431	547	352	195
Rorschach	17	131	148	127	21
Rheintal	30	198	228	178	50
Werdenberg-Sarganserland	41	151	192	139	53
See-Gaster	15	159	174	157	17
Toggenburg	9	120	129	111	18
Wil	28	160	188	157	31
Gesamttotal	256	1350	1606	1221	385

Übersicht nach Erledigungsarten

Im Berichtsjahr erledigt durch

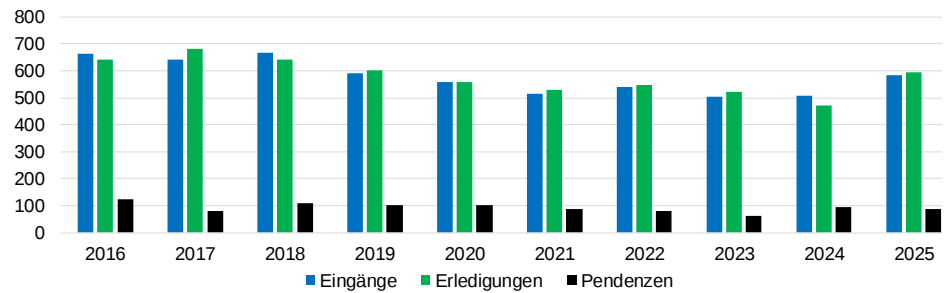
Vergleich / Klagerückzug / Klageanerkennung / Nichteintreten	78%
Angenommener Entscheidvorschlag	3%
Entscheid	0%
Unvermittelt (übrige)	19%
Total	100%



Schlichtungsstellen für Arbeitsverhältnisse

Übersicht Entwicklung Geschäftslast

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Eingänge	663	641	668	592	558	516	541	505	506	585
Erledigungen	643	682	641	600	559	529	548	523	472	593
Pendenzen	123	81	108	100	100	87	80	62	96	88



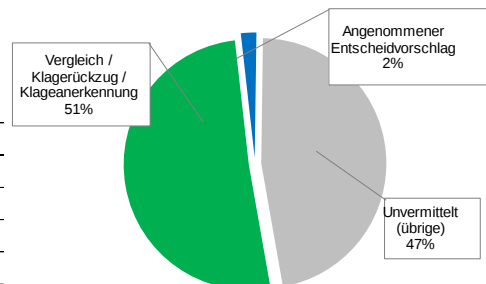
Fallzahlen Berichtsjahr

Gerichtskreis	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2025	Total	Erledigungen	Pendent Ende 2025
St.Gallen	31	183	214	189	25
Rorschach	7	60	67	58	9
Rheintal	10	112	122	109	13
Werdenberg-Sarganserland	10	61	71	61	10
See-Gaster	6	63	69	58	11
Toggenburg	13	35	48	41	7
Wil	19	71	90	77	13
Gesamttotal	96	585	681	593	88

Übersicht nach Erledigungsarten

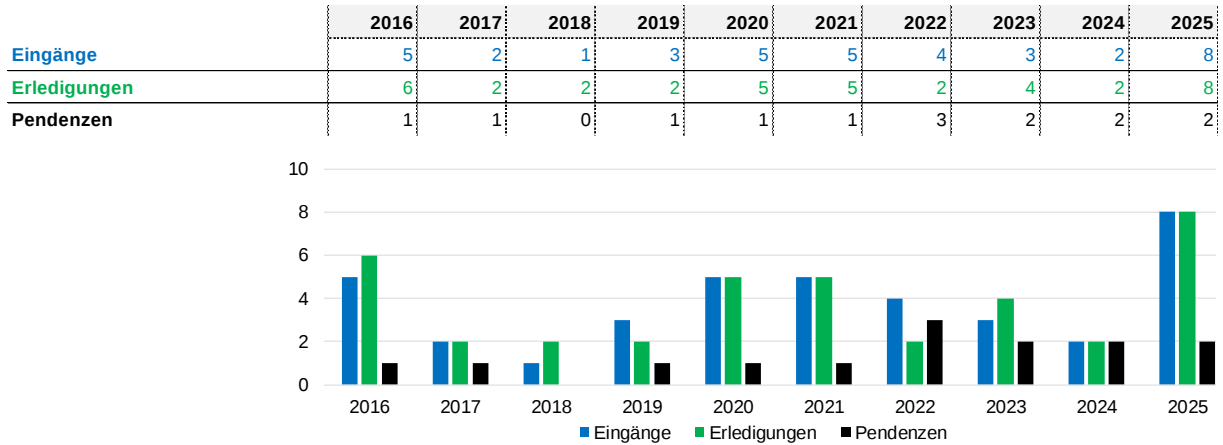
Im Berichtsjahr erledigt durch

Vergleich / Klagerückzug / Klageanerkennung	51%
Angenommener Entscheidvorschlag	2%
Entscheid	0%
Unvermittelt (übrige)	47%
Total	100%



Schlichtungsstelle für Klagen nach dem Gleichstellungsgesetz

Übersicht Entwicklung Geschäftslast



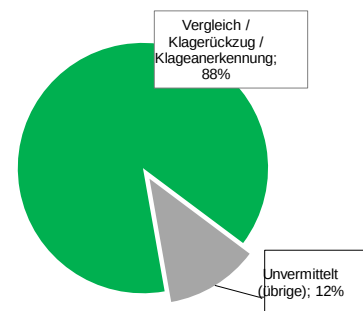
Fallzahlen Berichtsjahr

Übertrag Vorjahr	Eingänge 2025	Total	Erledigungen	Pendent Ende 2025
2	8	10	8	2

Übersicht nach Erledigungsarten

Im Berichtsjahr erledigt durch

Vergleich / Klagerückzug / Klageanerkennung	88%
Angenommener Urteilsvorschlag	0%
Entscheid	0%
Unvermittelt (übrige)	12%
Total	100%



4. Rechtsanwaltspatente / Rechtsagentenpatente

Anwaltspatente

Die Anwaltskammer erteilte das Patent an folgende 57 Bewerberinnen und Bewerber:

Abdiji Valmira	Göldi Yves	Rossi Fabius
Amgarten Michelle	Hartmann Damian	Roth Karin
Babic Marko	Heinimann Christoph	Schädeli Pascal
Bedjeti Hatidje	Hertach Dan	Schlegel Nina
Begemann Anna	Höckfelt Zacharias	Schmid Manuel
Berni Olivia	Hug Floreana	Schnelli Selina
Birbaum Jonathan	Kaufmann Luzius	Schöb Raphael
Bischof Nina	Keller Jan	Schönenberger Noëmi
Bischofberger Tom	Künzle Alissa	Schurti Solveig
Blahova Beata	Lavarini Fabio	Skoric Katarina
Bolter Chiara	Locher Pascal	Straden Antonia
Christen Fabian	Margelisch Allegra	Strebel Kevin
Dagli Angela	Melchiori Gelsomina	Tasman Helene
Eichenberger Remy	Mijatovic Zorica	Töngi Seraina
Eigenmann Mirco	Nadler Tanja	Trümpy Fabienne
Fagetti Laura Rosanna	Pfyl Jana	von May Fabio
Fankhauser Kim	Ramsauer Nina	Wehrle Nicole
Finger Marvin	Rimoldi Elia	
Furrer Lukas	Robert Tatjana	
Gerster Nathalie	Roelli Luca	

Rechtsagentenpatente

Die Anwaltskammer erteilte das Patent an folgende 8 Bewerberinnen und Bewerber:

Forrer Marco	Ismaili Makfire	Schläpfer Angela
Gubelmann Dominic	Loher Olivia	Tobler Nathalie
Huber Thomas	Luchsinger Janine	

C. Verwaltungsgerichtsbarkeit

Verwaltungsgericht an den Kantonsrat des Kantons St.Gallen

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir erstatten Ihnen nach Art. 45 Abs. 2 des Gerichtsgesetzes (sGS 941.1)
Bericht über die Amtsführung im Jahr 2025.

St.Gallen, im Februar 2026

Im Namen des Verwaltungsgerichtes
Der Präsident:
Dr. Arthur Brunner

1. Verwaltungsgericht

1.1 Personelles

Im Berichtsjahr änderte sich die personelle Zusammensetzung des Gerichts nicht. Der Kantonsrat wählte am 10. März 2025 turnusgemäss Arthur Brunner für die Dauer von zwei Jahren ab 1. Juni 2025 zum Präsidenten des Verwaltungsgerichts. Er übernahm die Funktion von Miriam Lendfers, die als Vizepräsidentin amtiert.

1.2 Geschäftslast

Zu den Ende 2024 hängigen 100 (im Vorjahr 99) Verfahren kamen im Jahr 2025 insgesamt 235 (235) Neueingänge hinzu. Davon betrafen 49 (63) das Bau-, Planungs- und Umweltrecht, 16 (28) das öffentliche Beschaffungswesen, 28 (27) das Ausländerrecht, 15 (9) Berufs- und Gewerbebewilligungen, 55 (51) das Steuer- und Abgaberecht und 15 (20) das Strassenverkehrsrecht. Die restlichen 57 (37) Verfahren verteilten sich auf die übrigen Zuständigkeitsbereiche des Verwaltungsgerichts. Im Berichtsjahr konnten 242 (234) Verfahren erledigt werden. 159 (152) Entscheide ergingen kollegial, 11 (10) davon in Fünferbesetzung, und 83 (82) präsidential. Per Ende 2025 waren damit 93 (100) Verfahren pendent, davon waren 6 (4) sistiert. Von den hängigen Streitsachen gingen eine im Jahr 2023 (das Verfahren ist sistiert) ein, 6 im Jahr 2024 (3 davon sind sistiert). Die restlichen 86 Verfahren wurden im Berichtsjahr eingeschrieben (2 davon sind sistiert).

Die Abteilungspräsidenten verfügten oder entschieden in 14 (26) Fällen über superprovisorische Anordnungen, in 19 (21) Fällen über Erteilung oder Entzug der aufschiebenden Wirkung und weitere vorsorgliche Massnahmen, in 16 (8) Fällen über die unentgeltliche Rechtspflege und in 21 (20) Fällen über die Sistierung von Verfahren. In 2 (4) Angelegenheiten wurde ein Augenschein, in 7 (7) Verfahren eine mündliche Verhandlung durchgeführt.

Das Verwaltungsgericht publiziert sämtliche Kollegialentscheide und ausgewählte Präsidententscheide auf der kantonalen Publikationsplattform (Publikationen Kanton St. Gallen Rechtsprechung Gerichte). Interessierte werden auf Wunsch über Neupublikationen automatisch informiert. Dieses Angebot wird rege benutzt und sehr geschätzt.

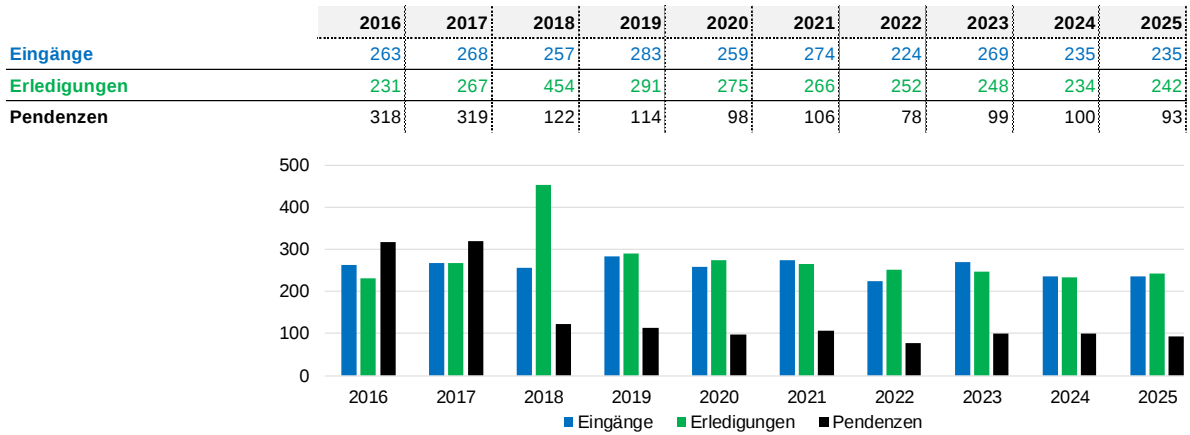
Das Verwaltungsgericht hat sich in 15 (11) Rechtssetzungsverfahren und anderen Angelegenheiten vernehmen lassen.

1.3 Gerichtsverwaltung

In Ausübung seiner Aufsichtsfunktion hat sich der Verwaltungsausschuss unter anderem in seiner jährlichen Aussprache mit den hauptamtlichen Mitgliedern und der Gesamtgerichtsschreiberin der Verwaltungsrekurskommission über aktuelle Anliegen ausgetauscht und insbesondere vom Abbau der Pendenzenlast Kenntnis genommen. Der Verwaltungsausschuss erfüllte sodann in regelmässigen Sitzungen seine weiteren Aufgaben, insbesondere in Personal- und Finanzbelangen.

Verwaltungsgericht

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (10 Jahre)



Fallzahlen Berichtsjahr

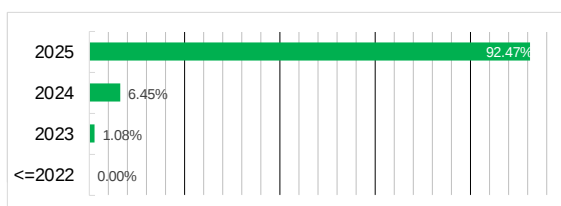
	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2025	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2025
				Kollegial	Präsidial	Insgesamt	
Hauptverfahren	100	235	335	159	83	242	93
Zwischenverfahren (ZV) *	0	70	70	0	70	70	0

* Verfügungen betr. Sistierungen, aufschiebende Wirkung, vorsorgliche Massnahmen, unentgeltliche Rechtspflege usw.

Verfahrensdauer ¹

	bis 3 Mt.	> 3 Mt. bis 6 Mt.	> 6 Mt. bis 9 Mt.	> 9 Mt. bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre
Hauptverfahren	95	61	39	27	20	0	0

Alter pendenter Fälle ²



Weiterzüge

Im Berichtsjahr erledigte Verfahren (inkl. ZV)	312
Im Berichtsjahr angezeigte Weiterzüge von Entscheiden	75
Im Berichtsjahr mitgeteilte Erledigungen von Rechtsmitteln	73
A. Entscheidung durch obere Instanz bestätigt	61
B. Entscheidung durch obere Instanz teilweise bestätigt	0
C. Entscheidung durch obere Instanz nicht bestätigt	12

¹ Basis: Im Berichtsjahr erledigte Verfahren (abzüglich der Dauer von Sistierungen)

² Anteil pendenter Fälle nach Falleingangsjahr. 2021: 3, 2022: 75

Verwaltungsgericht Abteilungen

Fallzahlen Berichtsjahr

	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2025	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2025
				Abschreibung/ Nichteintreten/ Abweisung	teilweise Gutheissung/ Gutheissung	Insgesamt	
Abteilung I							
Bau-, Planungs- und Umweltrecht	39	49	88	38	14	52	36
Öffentliches Beschaffungswesen	9	16	25	19	2	21	4
Weitere Rechtsgebiete	1	1	2	0	1	1	1
Total	49	66	115	57	17	74	41
Abteilung II							
Ausländerrecht	14	28	42	28	6	34	8
Berufs- und Gewerbebewilligungen	4	15	19	10	6	16	3
Weitere Rechtsgebiete	8*	40	48	32	7	39	9
Total	26	83	109	70	19	89	20
Abteilung III							
Steuer- und Abgaberecht	21	55	76	36	13	49	27
Strassenverkehrsrecht	3	15	18	9	6	15	3
Weitere Rechtsgebiete	1**	16	17	12	3	15	2
Total	25	86	111	57	22	79	32
Gesamttotal	100	235	335	184	58	242	93

Geschäftsbericht 2024: *7, **2 (Umteilung des Rechtsgebietes Bildung)

2. Verwaltungsrekurskommission (VRK)

2.1 Personelles

Aufgrund der Reduktion des Arbeitspensums einer hauptamtlichen Richterin übernahm per Mitte Berichtsjahr der nebenamtliche Richter Markus Frei interimsmässig stellvertretend den Vorsitz in gewissen Fällen. Im März 2025 wurde zudem der langjährige Gesamtgerichtsschreiber Philipp Lenz-Wehrle pensioniert. Zur Nachfolgerin per 1. Januar 2025 wählte die Gerichtsleitung die Gerichtsschreiberin Nicole Ingold Baumgartner. Philipp Lenz-Wehrle arbeitet in Teilzeit weiter als Gerichtsschreiber bei der VRK. Schliesslich war ein Austritt bei den Gerichtsschreibern zu verzeichnen und zwei Gerichtsschreiberinnen sind neu eingetreten.

2.2 Geschäftslast

Anfangs 2025 waren 236 (im Vorjahr: 355) Fälle pendent; im Berichtsjahr sind 847 (866) hinzugekommen. Davon betrafen 345 (311) das Abgaberecht (Steuern, Beiträge, Gebühren), 154 (160) das Verkehrsrecht (vor allem Administrativmassnahmen nach Strassenverkehrsrecht), 269 (319) das Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (einschliesslich fürsorgerische Unterbringungen), und 48 (44) die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht (insbesondere Haftüberprüfungen sowie Ein- und Ausgrenzungen). Die restlichen 31 (32) Neueingänge verteilten sich auf die übrigen Sachgebiete.

Die VRK führte im Berichtsjahr 108 (121) Parteiverhandlungen, 6 (9) Augenscheine mit anschliessender Urteilsberatung, 11 (4) Kinderanhörungen und 26 (28) Gerichtssitzungen durch, an denen in der Regel mehrere Fälle behandelt wurden. Insgesamt wurden 279 (349) Rekurse und Beschwerden durch das Gericht entschieden. 496 (591) Rekurse und Beschwerden sowie 47 (45) Haftanträge im Bereich der Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht wurden präsidial entschieden.

Zudem wurden im Geschäftsjahr über 40 (29) Begehren um unentgeltliche Rechtspflege und 13 (14) Gesuche um Erteilung/Entzug der aufschiebenden Wirkung verfügt. Weitere 7 (9) Zwischenverfügungen betrafen die Anordnung vorsorglicher und superprovisorischer Massnahmen, Ausstandsbegehren und Wiederherstellungsgesuche.

Insgesamt wurden 822 (985) Hauptverfahren abgeschlossen. Die Zahl der pendenten Hauptverfahren betrug per Ende des Berichtsjahres 261 (236). Davon wurden 4 in den Jahren 2019 bis 2023, 9 im Jahr 2024 und 248 im Jahr 2025 eingeschrieben. 17 (9) Hauptverfahren waren per 31. Dezember 2025 sistiert.

Über 80 Prozent der Streitsachen (Haupt- und Zwischenverfahren) konnten innerhalb von 6 Monaten erledigt werden. Von den 38 Geschäften mit einer Verfahrensdauer von mehr als 12 Monaten betrafen 17 die Abteilung V, 10 die Abteilung I/2 und 5 die Abteilung I/1. Die restlichen 6 Geschäfte verteilen sich auf die übrigen Abteilungen. Weitere Informationen zur Geschäftslast sind in den nachfolgenden Tabellen enthalten.

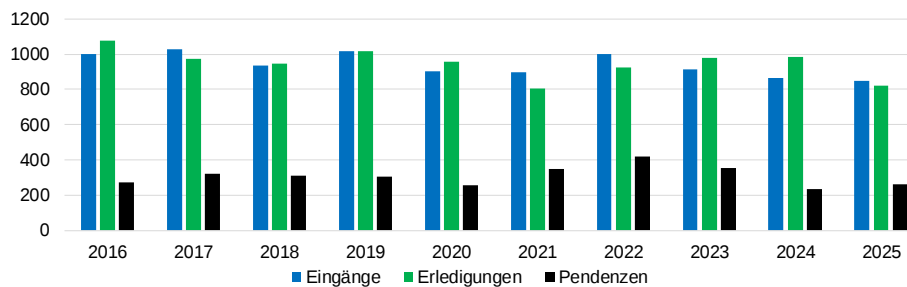
2.3 Besondere Themen

Im Berichtsjahr konnten der Umbau und die Neueinrichtung des in die Jahre gekommenen Gerichtssaals an die Hand genommen und abgeschlossen werden. Des Weiteren wurden ausgewählte Dossiers und die Spruchbände der Jahrgänge 2009 bis 2014 (insgesamt 13 Laufmeter Akten) ans Staatsarchiv abgeliefert.

Verwaltungsrekurskommission

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (10 Jahre)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Eingänge	1002	1026	933	1015	903	898	1000	913	866	847
Erledigungen	1074	973	948	1018	955	805	926	978	985	822
Pendenzen	270	323	308	305	253	346	420	355	236	261



Fallzahlen Berichtsjahr

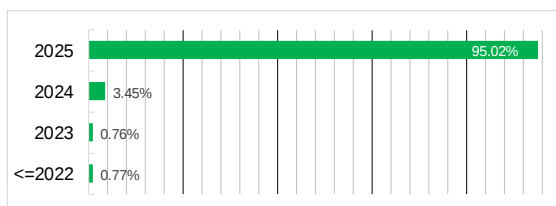
	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2025	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2025
				Kollegial	Präsidial	Insgesamt	
Hauptverfahren	236	847	1083	279	543	822	261
Zwischenverfahren (ZV) *	1	62	63		60	60	3

* Verfügungen betr. Sistierungen, aufschiebende Wirkung, vorsorgliche Massnahmen, unentgeltliche Rechtspflege usw.

Verfahrensdauer ¹

	bis 3 Mt.	> 3 Mt. bis 6 Mt.	> 6 Mt. bis 9 Mt.	> 9 Mt. bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre
Hauptverfahren	554	108	72	50	35	3	0
Zwischenverfahren	59	0	1	0	0	0	0

Alter pendenter Fälle ²



Weiterzüge

Im Berichtsjahr erledigte Verfahren (inkl. ZV)	882
Im Berichtsjahr angezeigte Weiterzüge von Entscheiden	95
Im Berichtsjahr mitgeteilte Erledigungen von Rechtsmitteln	84
A. Entscheid durch obere Instanz bestätigt	68
B. Entscheid durch obere Instanz teilweise bestätigt	5
C. Entscheid durch obere Instanz nicht bestätigt	11

¹ Basis: Im Berichtsjahr erledigte Verfahren (abzüglich der Dauer von Sistierungen)

² Anteil pendenter Fälle nach Falleingangsjahr

Verwaltungsrekurskommission Abteilungen

Fallzahlen Berichtsjahr

	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2025	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2025
				Abschreibung/ Nichteintreten/ Abweisung *	teilweise Gutheissung/ Gutheissung	Insgesamt	
Abteilung I (Abgaben und öffentliche Dienstpflichten)							
1. Kammer	72	233	305	170	23	193	112
2. Kammer	40	112	152	95	13	108	44
Total	112	345	457	265	36	301	156

Abteilung II (Schätzungen, Landwirtschaft)							
1. Kammer	2	7	9	2	1	3	6
2. Kammer	9	11	20	12	6	18	2
3. Kammer	0	3	3	1	0	1	2
Total	11	21	32	15	7	22	10

Abteilung III (Arbeitnehmerschutz, Berufsbildung, Berufsausübung, Berufszulassung, öffentlich-rechtliches Personalrecht, Öffentlichkeit und Information der Verwaltung, Disziplinar massnahmen gegen Medizinalpersonen, nicht auf Personalrecht beruhende Klagen)							
1. Kammer	0	1	1	1	0	1	0
2. Kammer	3	4	7	5	0	5	2
3. Kammer	2	5	7	3	1	4	3
Total	5	10	15	9	1	10	5

	Übertrag Vorjahr	Eingänge	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2025
				Abschreibung/ Nichteintreten/ Abweisung *	teilweise Gutheissung/ Gutheissung	Insgesamt	
Abteilung IV (Verkehr)	32	154	186	142	13	155	31
Abteilung V (Kindes- und Erwachsenenschutz einschliesslich fürsorgische Unterbringung)	76	269	345	244	43	287	58
Abteilung VI (Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht)	0	48	48	47	0	47	1
Gesamttotal	236	847	1083	722	100	822	261

* Abt. VI: Bestätigung der Zwangsmassnahme

D. Sozialversicherungsgerichtsbarkeit

Versicherungsgericht an den Kantonsrat des Kantons St.Gallen

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir erstatten Ihnen nach Art. 45 Abs. 2 des Gerichtsgesetzes (sGS 941.1)
Bericht über die Amtsführung im Jahr 2025.

St.Gallen, im Februar 2026

Im Namen des Versicherungsgerichtes
Die Präsidentin:
lic.iur. Christiane Gallati Schneider

1. Versicherungsgericht

1.1 Personelles

Im Jahr 2025 arbeiteten die Richterinnen und Richter des Versicherungsgerichts in der gleichen personellen Zusammensetzung und mit dem gleichen Arbeitspensum (665%) wie im Jahr zuvor. Auch bezüglich der Präsidien (Gesamtgerichts- und Vizepräsidium, Abteilungspräsidien, Schiedsgerichtspräsidium) ergaben sich keine Änderungen. Aufgrund eines personellen Engpasses auf Richter(-innen)ebene bei der VRK helfen seit Juli 2025 zwei Richterinnen des Versicherungsgerichts als Ersatzrichterinnen bei der VRK aus.

1.2 Geschäftslast

Zu den Ende 2024 hängigen 348 (im Vorjahr 356) Verfahren kamen im Jahr 2025 insgesamt 597 Neueingänge hinzu. Die Entwicklung rückläufiger Eingangszahlen während der Jahre 2019 bis 2022 hat nach den bereits steigenden Eingängen in den Jahren 2023 und 2024 nochmals eine bedeutende Wende erfahren. Die Neueingänge im Berichtsjahr entsprechen gegenüber dem Vorjahr einer Zunahme von rund 15%. Markant zugenommen hat insbesondere die Anzahl neu eingegangener Fälle in den Bereichen Invalidenversicherung (311; Vorjahr 258) und Ergänzungsleistungen (68; Vorjahr 41). In den anderen Rechtsgebieten ist dagegen die Anzahl neu eingegangener Fälle ungefähr gleichgeblieben oder gesunken, am deutlichsten im Rechtsgebiet der Krankenversicherung (13; Vorjahr 23), aber auch in den Rechtsgebieten der beruflichen Vorsorge (21; Vorjahr 27) und der Unfallversicherung (72; Vorjahr 80). Die Zahl der Erledigungen (563) war höher als im Vorjahr (525). Die Pendenzen haben sich per 2025 (382) gegenüber dem Vorjahr (348) um 34 Fälle erhöht und entsprechen damit 68% der über das Jahr hinweg erledigten Fälle. Die mittlere Verfahrensdauer im Jahr 2025 betrug wie im Vorjahr knapp 8 Monate.

1.3 Gerichtsverwaltung

1.3.1 Allgemeines

Zur Bewältigung der administrativen Aufgaben hielt die Geschäftsleitung im Berichtsjahr zwölf ordentliche Sitzungen ab. Das Richter(-innen)plenum hielt eine ordentliche Sitzung ab. Im Weiteren nahm die Gesamtgerichtspräsidentin an den Sitzungen der Konferenz der Gerichte – fünf ordentlichen und einer ausserordentlichen – teil. Im November 2025 erfolgte eine Visitation des Versicherungsgerichts durch die Subkommission 3 der parlamentarischen Rechtspflegekommission.

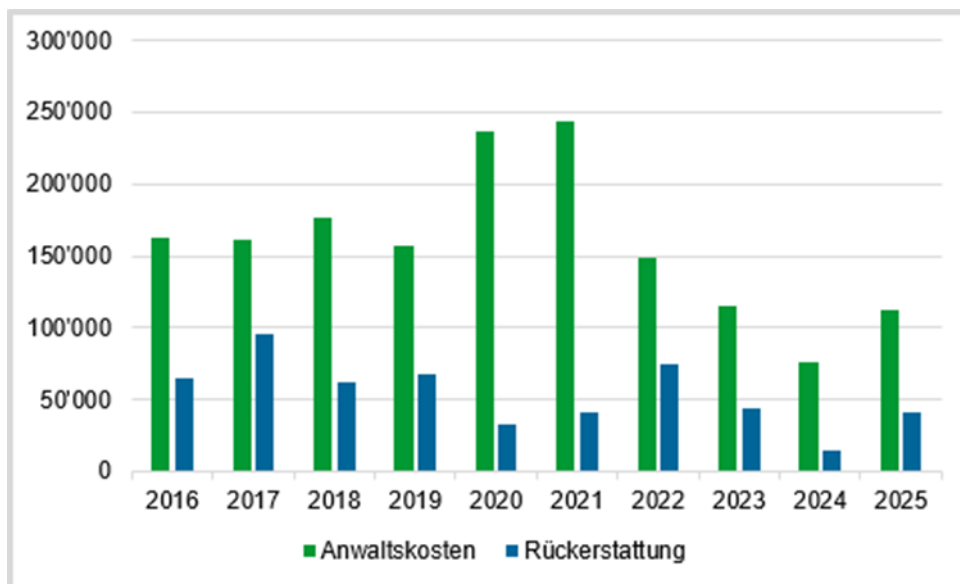
1.3.2 Personelles

Wie bereits im Jahr 2024 gab es erfreulicherweise auch im Jahr 2025 keine Kündigungen von Gerichtsschreiber(-innen) sowie von Kanzleimitarbeitenden. Hingegen kam es zu längeren Absenzen aufgrund von Mutterschaftsurlauben mit anschliessenden unbezahlten Urlauben und aufgrund von Krankheit. Eine Pensenreduktion infolge Mutterschaft einer Gerichtsschreiberin konnte durch zwei Pensenerhöhungen mehrheitlich aufgefangen werden. Schliesslich ist darauf hinzuweisen, dass nach wie vor eine Gerichtsschreiberin bei der Umsetzung von Justitia 4.0 bzw. beim Teilprojekt NGV mitgewirkt und dem Versicherungsgericht somit während einer gewissen Arbeitszeit nicht zur Verfügung gestanden hat. Allgemein ist festzuhalten, dass sich das Versicherungsgericht als Arbeitgeber zu einer Vereinbarkeit von Beruf und Familie bekennt. Teilzeitstellen sind daher am Versicherungsgericht möglich, was sich in Zeiten des Fachkräftemangels als Wettbewerbsvorteil erweisen kann.

1.3.3 Finanzen

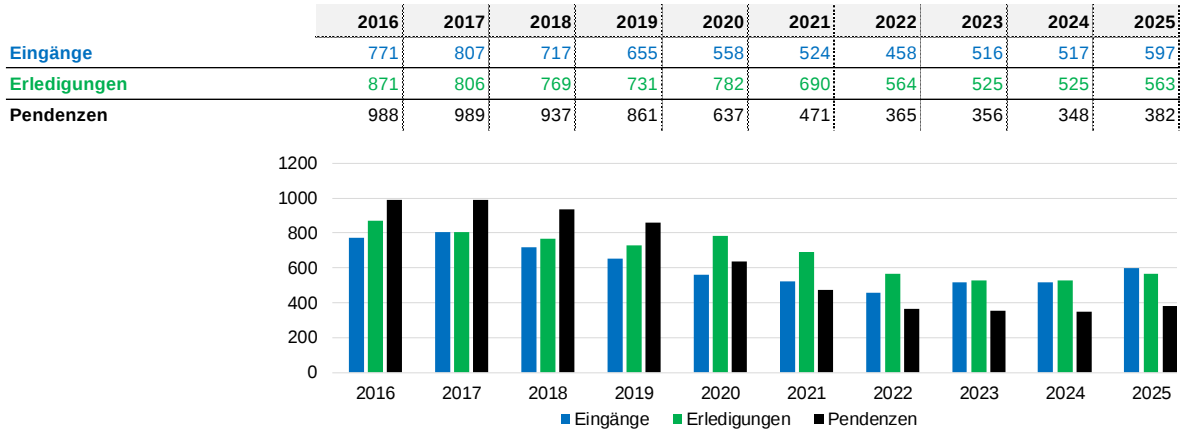
Im Jahr 2024 hatte sich aufgrund eines krankheitsbedingten Ausfalls der zuständigen externen Sachbearbeiterin ein mehrmonatiger Unterbruch in der Bewirtschaftung der Nachforderungen aus unentgeltlicher Rechtspflege ergeben. Anfang 2025 konnte eine Nachfolgelösung für jene Fälle,

bei denen eine Nachforderung auf das Jahr 2025 festgelegt wurde, gefunden werden. Parallel erfolgte während rund eines halben Jahres die Anstellung einer Jurastudentin für die Aufarbeitung der Nachforderungen vorangegangener Jahre. So konnten im Berichtsjahr erfreulicherweise wieder höhere Rückerstattungen im Umfang von Fr. 41'523.-- erzielt werden. Dabei bezahlte das Versicherungsgericht im Jahr 2025 für gewährte unentgeltliche Rechtspflege einen Betrag von Fr. 112'977.-- an Anwältinnen und Anwälte aus.



Versicherungsgericht

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (10 Jahre)



Fallzahlen Berichtsjahr

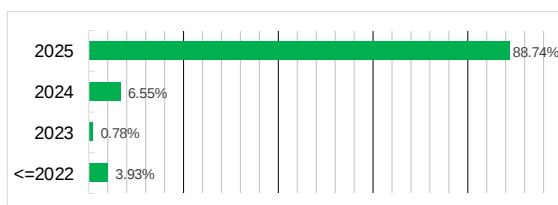
	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2025	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2025
				Gerichts- entscheide	Einzelrichter- entscheide	Insgesamt	
Abteilungen I, II, III und Schiedsgericht							
Entscheide	348	597	945	316	247	563	382
Zwischenentscheide *	50	199	249			217	32

* Verfügungen betr. Sistierungen, aufschiebende Wirkung, vorsorgliche Massnahmen, unentgeltliche Rechtspflege

Verfahrensdauer ¹

	bis 3 Mt.	> 3 Mt. bis 6 Mt.	> 6 Mt. bis 9 Mt.	> 9 Mt. bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre
Abteilungen I, II, III und Schiedsgericht							
Entscheide	103	126	133	105	89	6	1
Zwischenentscheide	168	39	5	3	2	0	0

Alter penderter Fälle ²



Weiterzüge

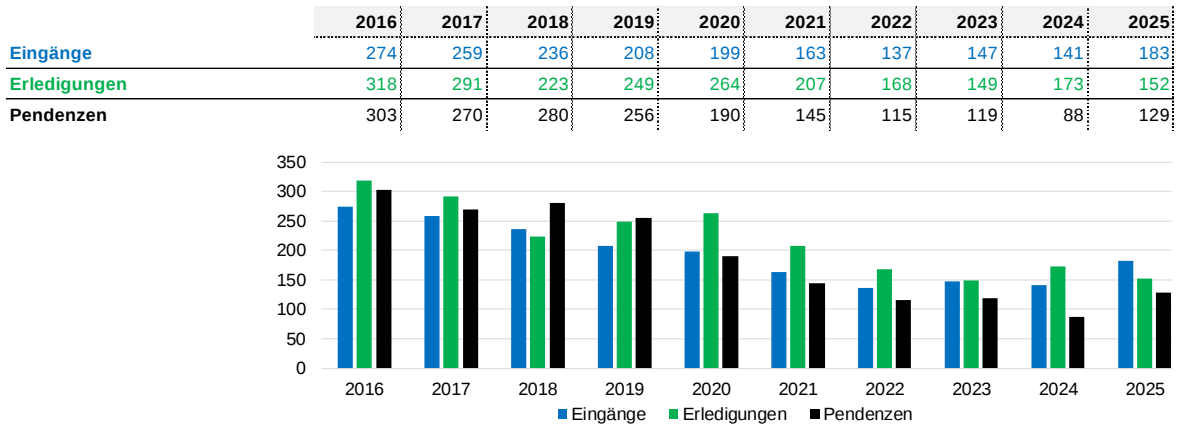
Im Berichtsjahr erledigte Verfahren	563
Im Berichtsjahr angezeigte Weiterzüge von Entscheiden	53
Im Berichtsjahr mitgeteilte Erledigungen von Rechtsmitteln	54
A. Entscheid durch obere Instanz bestätigt	26
B. Entscheid durch obere Instanz teilweise bestätigt	7
C. Entscheid durch obere Instanz nicht bestätigt	11
D. Rückzug, Nichteintreten	10

¹ Basis: Im Berichtsjahr erledigte Verfahren

² Anteil penderter Fälle nach Falleingangsjahr

Versicherungsgericht Abteilung I ¹

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (10 Jahre)



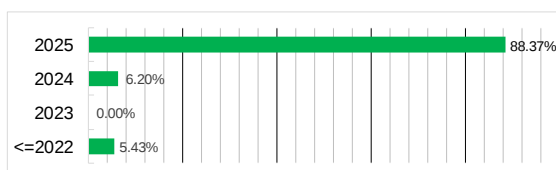
Fallzahlen Berichtsjahr

	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2025	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2025
				Kollegial- entscheide	Einzelrichter- entscheide	Insgesamt	
Entscheide	98	183	281	70	82	152	129
Zwischenentscheide	12	55	67			59	8

Verfahrensdauer ²

	bis 3 Mt.	> 3 Mt. bis 6 Mt.	> 6 Mt. bis 9 Mt.	> 9 Mt. bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre
Entscheide	25	38	39	29	20	1	0
Zwischenentscheide	47	11	1	0	0	0	0

Alter penderter Fälle ³



¹ Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV); Arbeitslosenversicherung (ALV); Invalidenversicherung (IV); Erwerbsersatzordnung (EO); Mutter- und Vaterschafts- sowie Elternentschädigung (MVE); Opferhilfe (OH); Familienzulagen (FamZ und FL); Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose (ÜL); Elternschaftsbeiträge (MB); Alimentenbevorschussung (ABV); Krankenversicherung-Zusatzversicherungen (KV-Z)

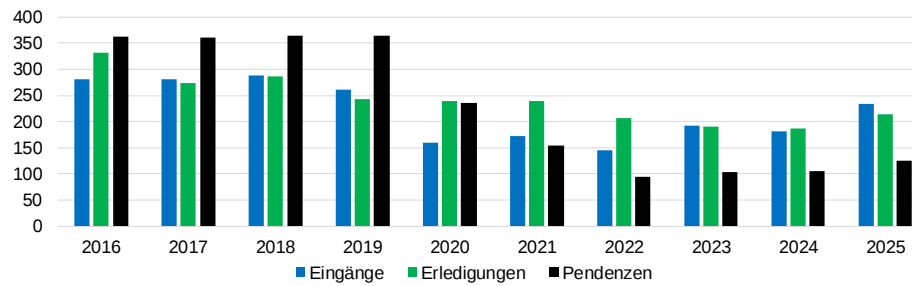
² Basis: Im Berichtsjahr erledigte Verfahren

³ Anteil penderter Fälle nach Falleingangsjahr

Versicherungsgericht Abteilung II ¹

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (10 Jahre)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Eingänge	280	281	288	261	159	173	145	193	182	234
Erledigungen	331	274	287	243	240	239	206	191	187	213
Pendenzen	362	360	365	365	235	154	95	104	106	125



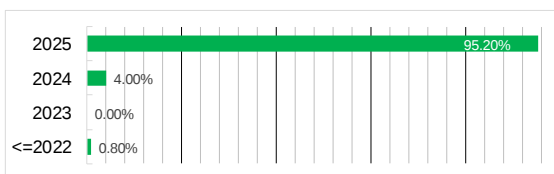
Fallzahlen Berichtsjahr

	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2025	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2025
				Kollegial- entscheide	Einzelrichter- entscheide	Insgesamt	
Entscheide	104	234	338	137	76	213	125
Zwischenentscheide	24	88	112			98	14

Verfahrensdauer ²

	bis 3 Mt.	> 3 Mt. bis 6 Mt.	> 6 Mt. bis 9 Mt.	> 9 Mt. bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre
Entscheide	47	58	54	27	25	2	0
Zwischenentscheide	73	18	2	3	2	0	0

Alter penderter Fälle ³



¹ Invalidenversicherung (IV); Ergänzungsleistungen (EL)

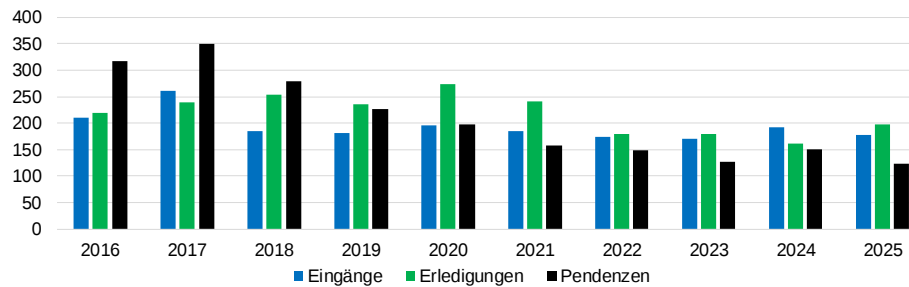
² Basis: Im Berichtsjahr erledigte Verfahren

³ Anteil penderter Fälle nach Falleingangsjahr

Versicherungsgericht Abteilung III ¹

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (10 Jahre)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Eingänge	211	261	184	181	196	184	174	170	193	178
Erledigungen	220	239	254	235	274	241	179	180	161	197
Pendenzen	318	350	279	226	198	157	149	126	150	123



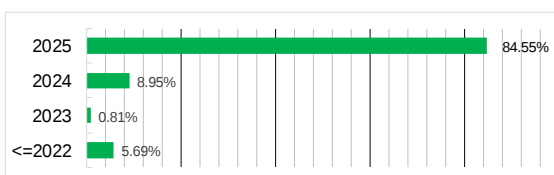
Fallzahlen Berichtsjahr

	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2025	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2025
				Kollegialentscheide	Einzelrichterentscheide	Insgesamt	
Entscheide	142	178	320	109	88	197	123
Zwischenentscheide	14	55	69			59	10

Verfahrensdauer ²

	bis 3 Mt.	> 3 Mt. bis 6 Mt.	> 6 Mt. bis 9 Mt.	> 9 Mt. bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre
Entscheide	30	30	40	49	44	3	1
Zwischenentscheide	47	10	2	0	0	0	0

Alter penderter Fälle ³



¹ Krankenversicherung (KVG); Individuelle Prämienverbilligung (KV-SG); Unfallversicherung (UV); Militärversicherung (MV); Invalidenversicherung (IV); Berufliche Vorsorge (BV)

² Basis: Im Berichtsjahr erledigte Verfahren

³ Anteil penderter Fälle nach Falleingangsjahr